

Geschichte als Instrument der Innen- und Außenpolitik am Beispiel Russlands: wie die Gegenwart die Vergangenheit beeinflusst

Stewart, Susan

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Stewart, S. (2020). *Geschichte als Instrument der Innen- und Außenpolitik am Beispiel Russlands: wie die Gegenwart die Vergangenheit beeinflusst*. (SWP-Studie, 22/2020). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://doi.org/10.18449/2020S22>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Mitglied der

Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:

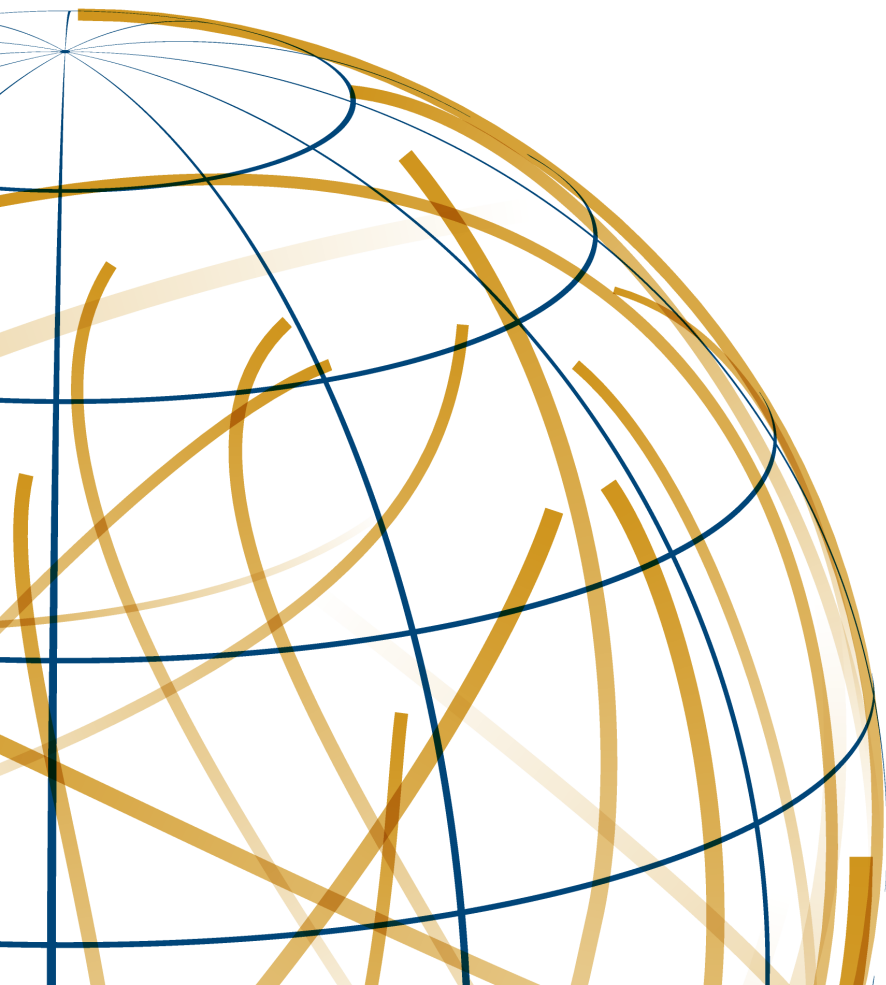
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-71475-3>

SWP-Studie

Susan Stewart

Geschichte als Instrument der Innen- und Außenpolitik am Beispiel Russlands

Wie die Gegenwart die Vergangenheit beeinflusst



Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und Sicherheit

SWP-Studie 22
November 2020, Berlin

- Die derzeitige russische Führung legt großen Wert darauf, die über Jahrhunderte hinweg bestehende Kontinuität der russischen und sowjetischen Geschichte zu betonen.
- Historische Brüche sind in der offiziellen russischen Darstellung der eigenen Geschichte unerwünscht und negativ konnotiert.
- Gepflegt wird eine Kultur des Sieges, vor allem aufgrund der sowjetischen Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg, der in Russland »Großer Vaterländischer Krieg« genannt wird.
- Die russische Führung setzt historische Inhalte selektiv ein, um das Regime und seine Handlungen gegenüber der russischen Bevölkerung sowie externen Akteuren zu legitimieren.
- Der Wahrheitsgehalt historischer Botschaften ist zweitrangig im Vergleich zu der Frage, wie sie sich für Zwecke der politischen Legitimation gebrauchen lassen.
- Historische Inhalte werden insbesondere dazu genutzt, eine Verknüpfung zu heutigen politischen Entwicklungen herzustellen, zum Beispiel in der Ukraine.

SWP-Studie

Susan Stewart

Geschichte als Instrument der Innen- und Außenpolitik am Beispiel Russlands

Wie die Gegenwart die Vergangenheit beeinflusst

**Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und Sicherheit**

SWP-Studie 22
November 2020, Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

SWP-Studien unterliegen einem Verfahren der Begutachtung durch Fachkolleginnen und -kollegen und durch die Institutsleitung (*peer review*), sie werden zudem einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueberuns/qualitaetssicherung/>. SWP-Studien geben die Auffassung der Autoren und Autorinnen wieder.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2020

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-200
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372
doi: 10.18449/2020S22

Inhalt

5	Problemstellung und Empfehlungen
7	Geschichtspolitik: Definition und Schwerpunkte
9	Umgang mit Kontinuität:
	Die ideale Geschichte ist ununterbrochen
9	Der Kontinuitätsdiskurs auf der rhetorischen Ebene
11	Betonung der Kontinuität auf der Handlungsebene
12	Die Verknüpfung von historischen Persönlichkeiten und dem fortdauernden Staat
14	Zwischenfazit
16	Umgang mit Brüchen:
	Unerwünscht und vom Ausland unterstützt
16	Die Revolutionen von 1917
18	Der Bürgerkrieg 1918 – 1921 und die gesellschaftliche Versöhnung
20	Revolutionäre Brüche und ausländische Einmischung
21	Zwischenfazit
23	Umgang mit Siegen:
	Krieg als Identitätsstifter
23	Offizielle Feierlichkeiten zum Gedenken an den Sieg
26	»Falsifizierung der Geschichte«
30	Einstellungen zu Josef Stalin
31	Stellenwert der Leningrader Blockade
32	Zwischenfazit
34	Schlussfolgerungen und Empfehlungen
37	Anhang
37	Relevante Akteure im Bereich der Geschichtspolitik
40	Abkürzungen

*Dr. Susan Stewart ist Leiterin (a. i.) der Forschungsgruppe
Osteuropa und Eurasien.*

Geschichte als Instrument der Innen- und Außenpolitik am Beispiel Russlands: Wie die Gegenwart die Vergangenheit beeinflusst

Die letzten Jahre haben deutlich vor Augen geführt, dass und wie die politische Elite in Russland auf historische Themen zurückgreift. Der vorläufige Höhepunkt dieser Bezugnahme auf geschichtliche Ereignisse wurde für den 9. Mai 2020 erwartet, da an dem Tag der Sieg über das nationalsozialistische Deutschland mit der traditionellen Militärparade zum 75. Mal gefeiert werden sollte. Zwar hat das Coronavirus die Verschiebung der Feier erzwungen, so dass sie erst am 24. Juni stattfinden konnte; aber die Hast Putins, die Parade nachzuholen, unterstreicht, wie wichtig der Rückgriff auf Geschichtsthemen für die russische Führung ist. Außerdem demonstriert diese Entwicklung die Tendenz, solche Themen mit aktuellen innenpolitischen Ereignissen zu verknüpfen. In diesem Fall leitete die Parade eine Woche ein, in der über wesentliche Änderungen der russischen Verfassung abgestimmt wurde, die unter anderem ermöglichen, dass Putin 2024 erneut für das Präsidentenamt kandidiert.

Gleichzeitig ist das Thema Zweiter Weltkrieg eng mit der russischen Außenpolitik verbunden. Auf dem Gipfel der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) im Dezember 2019 hielt Putin eine Rede, in der er vor allem Polen die Schuld am Beginn dieses Krieges zuschrieb. Diese Rede hat eine Phase eingeleitet, in der sich die Beziehungen zu Polen aufgrund von Unterschieden im historischen Diskurs rasant verschlechtert haben. Zudem kann sie als Reaktion auf die Resolution des Europäischen Parlaments vom September 2019 gelesen werden, die den Hitler-Stalin-Pakt verurteilt und sowohl kommunistische Regime als auch den Nationalsozialismus als totalitär bezeichnet und damit auf eine Stufe stellt. Mit seiner Rede versuchte Putin die Staatsoberhäupter der anderen ehemaligen Sowjetrepubliken für seine Geschichtsdeutung zu gewinnen und gleichzeitig gegen vorherrschende Interpretationen innerhalb der Europäischen Union (EU) vorzugehen.

Im offiziellen russischen Diskurs über Geschichtsfragen sind vornehmlich drei Botschaften erkennbar: Erstens wird die russische und sowjetische Geschichte als ein langer Fluss von Ereignissen und Entwick-

lungen gesehen, der als einheitliches Ganzes zu verstehen ist und eine hohe Kohärenz aufweist. Zweitens werden Brüche in diesem Fluss negativ konnotiert. Insbesondere revolutionäre Ereignisse werden als schädlich und von externen Akteuren angestoßen dargestellt. Drittens wird Russland als eine Siegernation beschrieben. Dabei dient namentlich der Sieg im »Großen Vaterländischen Krieg« 1941 – 1945 als sinnstiftend für den Zusammenhalt des russischen Volkes und dessen Identifikation mit dem russischen Staat.

Wie mit diesen Botschaften umgegangen wird, zeigt, dass die Behandlung der Geschichte für die russische Führung innen- wie außenpolitische Funktionen erfüllt. Innenpolitisch soll sie die Legitimität des Regimes stärken und die Bevölkerung um das Regime konsolidieren. Außenpolitisch soll die Beschäftigung mit historischen Themen unterschiedliche Narrative unterstützen. Zu diesen gehören die Charakterisierung Russlands als Großmacht sowie das Störpotenzial ausländischer Akteure, denen die Hauptverantwortung für Brüche in der russischen Geschichte zugeschrieben wird.

Schließlich werden diese Botschaften häufig mit der aktuellen Politik verknüpft. Das heißt, Diskurse über historische Entwicklungen werden benutzt, um aktuelle politische Narrative zu untermauern. Dies gilt vor allem für die Entwicklung in der Ukraine, aber auch für die Beziehungen zu Polen und anderen EU-Mitgliedstaaten. In diesem Sinne dient die Geschichte als Instrument, das für heutige politische Zwecke einsetzbar ist.

Geschichtspolitik: Definition und Schwerpunkte*

Im deutschen Sprachraum ist der Begriff »Geschichtspolitik« gut etabliert, wenn auch nicht frei von Kontroversen. Er umfasst laut dem deutschen Historiker und Professor für Kulturgeschichte Stefan Troebst zum einen ein Forschungsfeld, zum anderen ein Politikfeld, das gekennzeichnet ist durch den Umgang politischer Akteure mit »historischen« Ereignissen, Orten und Persönlichkeiten, mit Ausstellungen zur Geschichte, Gedenktagen und Ähnlichem. Dabei lasse sich ein »qualitativer Unterschied zwischen demokratisch verfassten Gesellschaften [...] und autoritär bis diktatorisch verfassten Gesellschaften« ausmachen: In ersteren wirkten staatliche wie nichtstaatliche geschichtspolitische Akteure, in letzteren »[hat] der Staat das Monopol auf Geschichtspolitik inne«.¹

In Russland werden für das Phänomen, das in dieser Studie untersucht wird, verschiedene Begriffe debattiert, sowohl von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern als auch von Aktivistinnen und Aktivisten. Der russische Historiker Aleksej Miller hat versucht, den Terminus »istoričeskaja politika« (Geschichtspolitik) in den russischen Diskurs einzuführen, um vor allem auf den offiziellen Umgang mit Geschichte hinzuweisen.² Allerdings wurde diese

Idee kaum aufgegriffen. Diejenigen, die in Wissenschaft und Praxis mit dem Phänomen zu tun haben, nutzen in der Regel den Begriff »politika pamjati« (Erinnerungspolitik bzw. politics of memory). Das heißt, sie fassen es als vielgestaltig und facettenreich auf; es beschränkt sich nicht nur auf die Handlungen des Staates, sondern bezieht in der Regel auch private Rituale oder zivilgesellschaftliche Veranstaltungen mit ein.

Insofern als sich diese Analyse auf die offizielle Geschichtspolitik konzentriert, liegt ihr Schwerpunkt auf staatlichen Akteuren und auf solchen, die vom Staat ins Leben gerufen bzw. von ihm unterstützt werden.³ Die Akteure, die sich in Opposition zur offiziellen Geschichtspolitik befinden, stehen nicht im Fokus der Analyse. In diesem Sinne bildet in der Tat »istoričeskaja politika« im Verständnis Aleksej Millers das Zentrum der Untersuchung.

Ein Blick auf den russischen Kontext zeigt, dass historische Inhalte in vielen Politikfeldern präsent und relevant sind. Diese Studie analysiert ihrer drei: die Bildungspolitik, die Kulturpolitik und die Außenpolitik. Die Verknüpfungen zwischen Geschichte und Außenpolitik sind zum Beispiel bei der völkerrechtswidrigen Annexion der Halbinsel Krim sowie bei den russischen Aussagen zu Polens Rolle im Zweiten Weltkrieg offensichtlich geworden. Dass Bildung(spolitik) von grundlegender Bedeutung ist für die Vermittlung historischer Sachverhalte, etwa durch Geschichtsunterricht, leuchtet ein. Es geht aber gleichermaßen um den Umgang mit Geschichtswissenschaft und ihren Vertreterinnen und Vertretern. Kulturpolitik ist bei einer Analyse der Geschichtspolitik zu berücksichtigen, weil sie unterschiedliche Aktivitäten wie die Errichtung von Denkmälern, die Gestaltung von Feiertagen und die Finanzierung von Kunstformen zu historischen Themen beinhaltet.

³ Detaillierte Informationen zu den hier behandelten Akteuren sind im Anhang zu finden (S. 37ff.).

* Ich möchte Felix Krawatzek für seine sehr hilfreichen Kommentare zu einer früheren Fassung des Textes herzlich danken. Auch Anastasia Vishnevskaya-Mann und Julia Mierau bin ich für ihre Hilfe bei der Recherche und der Formatierung des Manuskripts sehr dankbar. Zitate aus englischsprachigen und russischsprachigen Quellen hat die Autorin übersetzt.

¹ Stefan Troebst, »Geschichtspolitik«, 4.8.2014, <<https://docupedia.de/zg/Geschichtspolitik>> (Zugriff am 24.10.2020). Neben einer Geschichte des Begriffs findet sich hier eine hilfreiche Auseinandersetzung mit dem Begriff inklusive einschlägiger Literatur.

² Siehe zum Beispiel Aleksej Miller, »Rossija: vlast' i istorija« [Russland: Macht und Geschichte], *Polit.ru*, 25.11.2009, <<https://polit.ru/article/2009/11/25/miller/print/>> (Zugriff am 24.10.2020).

Ausgangspunkt der Analyse dieser drei Politikfelder ist die Frage, wie mit der Idee von historischer Kontinuität umgegangen wird, wie mit Brüchen in der Geschichte bzw. mit Siegen. Hierbei wird sowohl die Rhetorik führender russischer Politikerinnen und Politiker untersucht als auch Handlungen, die historische Inhalte vermitteln. Die geschilderten Beispiele stehen stellvertretend für allgemeine Tendenzen in der russischen Geschichtspolitik. Auf dieser Grundlage wird der zentralen Frage dieser Studie nachgegangen: Welche Funktionen erfüllt die Geschichte für die russische Führung? Schließlich kann beurteilt werden, welchen Platz die Geschichtspolitik in dem breiteren Rahmen der Innen- und Außenpolitik im heutigen Russland einnimmt.

Der Untersuchungszeitraum umfasst die letzten sechs Jahre, da die Annexion der Krim durch Russland und seine Unterstützung der Besetzung von Teilen des Donbas eine Zäsur bilden, die auch für den Umgang mit historischen Fragen wichtige Implikationen hat. In einigen Fällen wird zudem auf frühere Zeiträume rekurriert, wenn dies für die Erläuterung eines bestimmten Phänomens oder Trends sinnvoll erscheint.

Im Folgenden werden drei Botschaften näher betrachtet, die staatliche Akteure in Bezug auf die Geschichtsdeutung vermitteln. Sie betreffen die russische Geschichte in ihrer Gesamtheit sowie zwei herausragende Ereignisse, nämlich die Oktoberrevolution als Beispiel für einen Bruch im Fluss der russischen Geschichte sowie den Sieg im Zweiten Weltkrieg. Der Umgang mit diesen beiden Ereignissen ist bezeichnend für den Stellenwert von Brüchen bzw. Siegen in der russischen Geschichtspolitik. In allen drei Fällen wird herausgearbeitet, wie historische Inhalte als Instrument eingesetzt werden, um derzeitige innen- wie außenpolitische Zwecke zu erreichen.

Umgang mit Kontinuität: Die ideale Geschichte ist ununterbrochen

Alle einschlägigen staatlichen Akteure betonen die Kontinuität der russischen bzw. sowjetischen Geschichte. Dies macht sich besonders auf der rhetorischen Ebene bemerkbar, schlägt sich aber auch auf der Handlungsebene nieder. Die Botschaft der Kontinuität erfüllt mehrere Funktionen: Auf innenpolitischer Ebene stärkt sie die Legitimität des herrschenden Regimes sowie diejenige Putins, weil sie seine Person und das Regime, das er verkörpert, als Teil einer jahrhundertelangen Tradition darstellt. Außenpolitisch wird die Kontinuität mit dem Status Russlands als Großmacht verknüpft. Aus Sicht der russischen Elite impliziert dieser bestimmte Verpflichtungen für andere Akteure, wie sie sich Russland gegenüber auf der internationalen Bühne zu verhalten haben. Eine Großmacht dürfe Ansprüche stellen (z. B. auf eine hegemoniale Rolle in ihrer Nachbarschaft) und sollte von anderen internationalen Akteuren mit Respekt und Achtung behandelt werden. Diese Haltung ist nicht neu, wird jedoch durch die Beschäftigung mit der Geschichte untermauert.

Der Kontinuitätsdiskurs auf der rhetorischen Ebene

Die Botschaft einer durchgehenden und vor allem positiv konnotierten Kontinuität vermittelt etwa Wladimir Medinskij, bis Januar 2020 Kulturminister und damit qua Funktion einer der Schlüsselakteure der Geschichtspolitik, zudem selbst studierter Historiker. Sie ist in der ersten seiner fünf Thesen enthalten, die er im Mai 2015 bei einer Veranstaltung im Museum für Zeitgeschichte in Moskau erläuterte.⁴

⁴ »Dokument dnja: Platforma nacionalnogo primirenija Rossii« [Dokument des Tages: Plattform der nationalen

Medinskij spricht von »Anerkennung der Kontinuität [preemstvennost'] der historischen Entwicklung vom Russischen Reich über die UdSSR [Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken] hin zum heutigen Russland«. Dabei verbindet er die Idee von Kontinuität mit dem Konzept der Versöhnung, die in der aktuellen russischen Geschichtspolitik ebenfalls eine maßgebliche Rolle spielt (siehe S. 18ff). Außerdem zeigt seine Formulierung, dass es ihm nicht darum geht, die sowjetische Phase auszublenden und direkt an das zaristische Russland anzuknüpfen, sondern darum, eine ununterbrochene Linie durch die Jahrhunderte bis zum heutigen Regime zu ziehen – das somit legitimiert wird. Das gegenwärtige Regime wird als das (vorläufig) letzte in einer Reihe von Modellen aufgefasst, die die Existenz und Weiterentwicklung des russischen bzw. sowjetischen Staates gesichert und gefördert haben. So wird der russischen Bevölkerung nahegebracht, dass sie vom herrschenden Regime geschützt wird, das im Interesse der Bürgerinnen und Bürger handelt.

Im außenpolitischen Rahmen hat Außenminister Sergej Lawrow die Kontinuität wiederholt unterstrichen. Ein Beispiel hierfür ist sein vielfach beachteter Artikel in der einflussreichen Zeitschrift *Russia in Global Affairs* vom März 2016.⁵ Interessant ist dabei

Versöhnung Russlands], *Lenta.ru*, 20.5.2015, <<https://lenta.ru/articles/2015/05/20/medinskyvoice/>> (Zugriff am 24.10.2020). Die Thesen beziehen sich auf die Frage des Umgangs mit der »Großen Oktoberrevolution«.

⁵ Sergej Lawrow, »Istoričeskaja perspektiva vnešnej politiki Rossii« [Historische Perspektive der Außenpolitik Russlands], in: *Russia in Global Affairs*, 3.3.2016, <<http://www.globalaffairs.ru/global-processes/Istoricheskaya-perspektiva-vneshnei-politiki-Rossii-18017>>; Sergej Lavrov, »Russia's Foreign Policy in a Historical Perspective«, in: *Russia in Global Affairs*, 30.3.2016, <<https://eng.globalaffairs.ru/articles/russias->

nicht nur die enge Verknüpfung zwischen historischen Fragen und Außenpolitik, sondern auch die Entscheidung, den Artikel in einer Zeitschrift zu veröffentlichen, die auf Russisch und auf Englisch erscheint. Der Aufsatz war also offensichtlich auch oder sogar primär für ein ausländisches Publikum bestimmt. Der erste Abschnitt des Artikels ist mit »Die Kontinuität der Geschichte« überschrieben, was in sich selbst eine starke Botschaft ist.

Lawrow greift einige Aspekte von Kontinuität auf, die aus Sicht der russischen Führung für die heutige Rolle Russlands auf der internationalen Bühne wichtig sind. Er betont vor allem die Epochen der russischen Geschichte, in denen Russland eine bedeutsame und einflussreiche Rolle für die Entwicklung Europas gespielt habe. Dabei wiederholt er die Behauptung, dass es oft unmöglich war, bei zentralen Entscheidungen auf Russland zu verzichten. Auch die europäische Natur Russlands hebt er hervor, ebenso seine Fähigkeit zur Modernisierung. Gleichzeitig weist Lawrow auf den besonderen russischen Charakter dieser Entwicklung hin sowie auf die zahlreichen Versuche fremder Mächte, Russland in seiner Entwicklung zu behindern. Trotz dieser Animositäten sei es Russland bzw. der Sowjetunion gelungen, immer wieder zu Frieden und Stabilität in Europa beizutragen. Indem er die Kontinuität unterstreicht, geht es Lawrow offensichtlich darum aufzuzeigen, dass spezielle, Russland zugeschriebene Eigenschaften Bestand haben, ferner darum, auf das Verhaltensmuster externer Mächte hinzuweisen, die Russland seiner Ansicht nach schaden wollen. Auf diese Weise werden außenpolitische Schlüsselbotschaften historisch eingebettet und durch den Bezug auf die Geschichte bekräftigt.

Durch die selektive Auseinandersetzung der russischen Führung mit der Geschichte wird die Legitimität aktueller außenpolitischer Entscheidungen gestärkt.

Zudem wird klar, dass Lawrow eine bestimmte Deutung von Geschichte nutzt, um die heutige außenpolitische Rolle Russlands zu rechtfertigen und um zu skizzieren, welchen Umgang mit Russland durch andere Mächte er für angebracht hält. Auf Russland solle Rücksicht genommen werden, es sollte bei wich-

foreign-policy-in-a-historical-perspective/> (Zugriff jeweils am 24.10.2020).

tigen internationalen Entscheidungen eine Schlüsselrolle spielen. Laut Lawrow hat die Geschichte bewiesen, dass Russland in der Lage sei, diese Rolle zu übernehmen, und mehr noch: Wenn man von diesen Ratschlägen abweiche, könne dies negative Konsequenzen für die Stabilität Europas haben. Deutlich wird auch, dass die russische Führung nicht bereit ist, sich mit negativen Aspekten der russischen Geschichte zu beschäftigen, sondern Siege und Errungenschaften herausgreift, um Russland im europäischen Kontext in ein positives Licht zu stellen. Insgesamt wird durch eine selektive Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte die Legitimität gegenwärtiger außenpolitischer Entscheidungen gestärkt, insbesondere gegenüber fremden Mächten, mit denen Russland zu tun hat.

Diese Betonung der Kontinuität der russischen Geschichte ist nicht nur bei russischen Regierungsmitgliedern zu finden, sondern auch im präsidentiellen Diskurs. Im Dezember 2017 bei einer Veranstaltung der Allrussischen Volksfront (ONF)⁶ erklärte Wladimir Putin: »Wir haben ein neues Land gebaut, wir haben ein starkes unabhängiges Russland wiederhergestellt, wir haben gelernt, unsere Interessen mit Nachdruck zu verteidigen, wir haben die Macht und die Kontinuität unserer gemeinsamen Geschichte erkannt, den Wert unserer Errungenschaften, die Zuverlässigkeit unserer Geschlossenheit.«⁷ Wie später gezeigt werden wird, ist die Verknüpfung zwischen dem Verlauf der Geschichte und der Geschlossenheit des Staates und der Gesellschaft ein Kernelement der offiziellen Deutung der Geschichte.

Die Idee der historischen Kontinuität wird zunehmend in offiziellen Dokumenten verankert. In der *Nationalen Sicherheitsstrategie der Russischen Föderation* erscheint sie als ein Aspekt russischer Werte. In einer Auflistung »traditioneller russischer geistiger und ethischer Werte« wird unter anderem »die Kontinuität der Geschichte unseres Vaterlandes« aufgeführt.⁸

6 Die Allrussische Volksfront (ONF) ist eine im Jahr 2011 gegründete Organisation, die zwar offiziell »über politischen Parteien« steht, aber de facto als Stütze für die herrschende Partei »Einiges Russland« fungiert. An der Spitze der Organisation steht seit 2013 Putin selbst.

7 »Putin zajavil o vosstanovlenii silnoj nezavisimoj Rossii« [Putin erklärt die Wiederherstellung eines starken unabhängigen Russlands], *RIA Novosti*, 19.12.2017, <<https://ria.ru/20171219/1511256147.html>> (Zugriff am 24.10.2020).

8 Gudrun Persson, »The Patriotic Great Power – History and National Security in Russia«, in: Andris Sprūds/ Diāna Potjomkina (Hg.), *Coping with Complexity in the Euro-Atlantic Community and Beyond*, Rīga Conference Papers 2016,

Der starke Rückgriff auf sogenannte traditionelle Werte im Diskurs russischer politischer Akteure in den letzten Jahren weist darauf hin, dass eine solche Auflistung nicht pro forma geschieht, sondern durchaus politisch relevant ist.⁹ Hinzu kommt, dass das Konzept der Kontinuität auch in die russische Verfassung aufgenommen worden ist. Artikel 67.1 wurde folgender Passus hinzugefügt: »Die Russische Föderation, geeint durch eine tausendjährige Geschichte, die Erinnerung an die Vorfahren während, die uns ihre Ideale und ihren Glauben an Gott weitergereicht haben sowie die Kontinuität der Entwicklung des russischen Staates, würdigt die historisch entstandene staatliche Einheit.«¹⁰

Die Bedeutung einer ununterbrochenen Geschichte ist also sowohl in Schlüsseldokumenten als auch in der Rhetorik verschiedener hochrangiger politischer Akteure fest etabliert.

Betonung der Kontinuität auf der Handlungsebene

Außerhalb der Sphäre der Rhetorik, auf der Handlungsebene, wird die Botschaft der Kontinuität zum Beispiel in der Ausstellung »Russland – Meine Geschichte« vermittelt. Die Inhalte dieser Ausstellung sind von enormer Bedeutung – nicht nur als Nachweis offizieller Positionen im Hinblick auf historische Sachverhalte, sondern auch, weil die Ausstellung im ganzen Land präsent ist und Millionen von russischen Bürgerinnen und Bürgern erreicht. Gleichzeitig gewährt sie aufschlussreiche Einblicke in die Zusammenarbeit zwischen Staat und Russischer Orthodoxer Kirche (ROK) bei Geschichtsthemen.

Riga: Latvian Institute of International Affairs, 2016, S. 117 – 128, <<http://www.liia.lv/en/publications/coping-with-complexity-in-the-euro-atlantic-community-and-beyond-riga-conference-papers-2016-551>> (Zugriff am 24.10.2020).

⁹ Zu diesen Werten gehören z. B. Heterosexualität und das Recht der Eltern, ihre Kinder körperlich zu bestrafen. Siehe Melissa Hooper, »Russia's ›Traditional Values‹ Leadership«, London: The Foreign Policy Centre, 24.5.2016, <<https://fpc.org.uk/russias-traditional-values-leadership/>> (Zugriff am 24.10.2020).

¹⁰ »Konstitucija Rossijskoj Federacii. Polnyj tekst so vseimi popravkami« [Die Verfassung der Russischen Föderation. Der komplette Text mit allen Änderungen], in: *Vedomosti*, 10.3.2020, <<https://www.vedomosti.ru/society/articles/2020/03/10/824662-konstitutsiya-polnii-tekst-popravkami>> (Zugriff am 24.10.2020).

Die Ausstellung begann im November 2013 als einmalige Möglichkeit, sich mit verschiedenen Perioden der russischen und sowjetischen Geschichte zu beschäftigen, und zwar in der zentralen Ausstellungshalle »Manege« nahe des Kremls in Moskau. Seit 2015 ist sie in Moskau auf dem Ausstellungsgelände WDNKh (Große Errungenschaften der Nationalen Wirtschaft) zu sehen – einem Gelände, auf dem zu Sowjetzeiten Waren und Technologien aus verschiedenen Sowjetrepubliken präsentiert wurden. Seit 2017 sind ähnliche »historische Parks« in mehreren anderen russischen Regionen entstanden, um ein breiteres Publikum anzusprechen.

Es ist problemlos möglich, die Ausstellung an mehreren Orten gleichzeitig zu zeigen, weil sie komplett auf historische Artefakte, Dokumente und dergleichen verzichtet. Stattdessen besteht sie aus wandgroßen Bildschirmen und Panoramen, die relevante Szenen und Informationen aus drei Perioden der russischen Geschichte vorstellen, interaktiv und multimedial: aus der Dynastie der Rjurikiden,¹¹ derjenigen der Romanow-Familie, schließlich aus der sowjetischen und postsowjetischen Phase. So wird fast die gesamte Geschichte des Landes bzw. Imperiums seit dem 9. Jahrhundert bis 2016 an einem Ort geschildert. Ausgelassen wird lediglich die sogenannte Zeit der Wirren (smuta) zwischen 1598 und 1613. Praktischerweise befindet sie sich zwischen dem Ende der Rjurikiden- und dem Beginn der Romanow-Dynastie, weswegen ihre Abwesenheit in der Ausstellung nicht sonderlich auffällt.

Diese Aufmachung erlaubt nicht nur die parallele Präsentation der Ausstellung an verschiedenen Orten, sondern auch die einfache Veränderung der Inhalte, indem Filme und Präsentationen ausgetauscht werden. Ferner kann sie technisch auf dem neuesten Stand gehalten werden.

In der Geschichtspolitik arbeiten die russische Führung und die Russische Orthodoxe Kirche eng zusammen.

Die Initiative für die Ausstellung ging von der ROK aus, genauer gesagt vom Patriarchalischen Rat für Kultur, der 2010 ins Leben gerufen wurde und dem Bischof Tichon (mit weltlichem Nachnamen Schewkunow) vorsteht. Die Regierung der Stadt Mos-

¹¹ Die Rjurikiden waren die herrschende Dynastie in der Kiewer Rus. Im östlichen Teil ihres Reiches stellten sie bis 1598 die Moskauer Zaren und Großfürsten.

kau unterstützte das Vorhaben. Später kam auch die Administration des Präsidenten hinzu, zumindest für einige der regionalen Ausstellungen. Die Rechte an der Ausstellung wurden der »Stiftung für Humanitäre Projekte« übertragen. Der Vorsitzende des Expertenbeirats dieser Stiftung ist ebenjener Bischof Tichon. Geleitet wird sie von einem ehemaligen Berater der Gasprom, Iwan Jesin. Die Doppelrolle des Bischofs belegt, dass kirchliche Strukturen großen Einfluss auf die Ausstellung hatten und haben. Das wirkt sich insofern auf ihren Inhalt aus, als dass in allen Ausstellungsteilen explizit und positiv auf die Rolle der Kirche eingegangen wird. Finanziert hat die Ausstellung nach Jesins Aussage die Firma Norilsk Nickel, die drei russischen Oligarchen gehört (Wladimir Potanin, Oleg Deripaska und Roman Abramovich).

Bereits 2017 zählte die Ausstellung über vier Millionen Besucherinnen und Besucher. Zurzeit ist sie in mindestens 16 Regionen für Interessierte zugänglich. Hinzu kommt der häufige Besuch von Schulklassen, die durch die Ausstellung geführt und denen die von den Ausstellungsverantwortlichen gewünschten Inhalte beigebracht werden.¹² Auf diese Weise wird zahlreichen russischen Bürgerinnen und Bürgern vermittelt, dass ihr Land über eine positive Entwicklung und eine kontinuierliche Geschichte verfügt. Dies bildet die Grundlage für weitere Botschaften, die auf die Legitimität des herrschenden Regimes und die Priorität des Staates über die Gesellschaft abzielen.

Die Verknüpfung von historischen Persönlichkeiten und dem fort-dauernden Staat

Eine weitere Funktion der Kontinuitätsthese besteht darin, dass sie Wladimir Putin in eine Gruppe von mächtigen Herrschern einreihet, die vor ihm (und wie er) auf ein mächtiges und gefürchtetes Russland hingearbeitet haben. Dies ist nicht nur für Putin selbst, sondern auch für andere Teile der russischen Elite wichtig, da es dem Regime zusätzliche Legitimität verleiht.

¹² »Bez panegirikov carjam« projekt »Rossija – moja istorija« zaščitili ot kritikov« [»Ohne Lobreden für die Zaren: Das Projekt »Russland – meine Geschichte« wurde vor den Kritikern in Schutz genommen], *RIA Novosti*, 13.12.2017, <<https://ria.ru/20171213/1510875369.html>> (Zugriff am 24.10.2020).

Die Betonung der historischen Kontinuität zeigte sich einmal mehr bei der Einweihung eines Denkmals für Wladimir I., die im November 2016 auf dem Roten Platz in Moskau stattfand. Wladimir I. war der Herrscher der Kiewer Rus im 10. Jahrhundert; unter ihm ist der Staat der Kiewer Rus zum Christentum konvertiert. Daher verwundert es nicht, dass nicht nur Putin, der damalige Premierminister Dmitrij Medwedew und Verteidigungsminister Sergej Schojgu an der Einweihung teilgenommen haben, sondern auch hochrangige Vertreter der Russischen Orthodoxen Kirche. Patriarch Kirill hat das Denkmal eingesegnet. Dies ist ein weiteres Beispiel für die Verwobenheit von Staat und Kirche, wenn es um geschichtliche Themen geht.¹³

Putin erklärte bei der Zeremonie in Bezug auf Wladimirs Entscheidung, das Christentum in der Kiewer Rus einzuführen:

»Diese Wahl [zugunsten des Christentums] war die gemeinsame geistige Quelle für die Völker Russlands, Belarus' und der Ukraine und hat die Grundlagen unserer moralischen Standards und Werteprioritäten gelegt, die unsere Leben bis heute prägen. Es waren eine starke Moral, Solidarität und Einheit, die unseren Vorfahren geholfen haben, Schwierigkeiten zu überwinden und Siege zum Ruhm des Vaterlandes zu erzielen, um es mit jeder Generation stärker und größer zu machen. Heute ist es unsere Pflicht, gemeinsam zeitgenössischen Herausforderungen und Bedrohungen zu begegnen und unser spirituelles Erbe sowie unsere unschätzbaren Traditionen der Einheit und der Harmonie zu nutzen, um vorwärts zu gehen und die Kontinuität unserer tausendjährigen Geschichte zu bewahren.«¹⁴

Für Putin reicht die Kontinuität der Geschichte also mindestens bis ins 10. Jahrhundert zurück. Außerdem weist die Wahl Wladimir I. darauf hin, dass die russische Führung selektiv vorgeht und sich diejenigen historischen Persönlichkeiten heraussucht, die zu ihrer Deutung der eigenen Geschichte passen, und dabei auf ganz unterschiedliche Epochen zurück-

¹³ Zum Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Russland siehe Uwe Halbach, *Kirche und Staat in Russland. Nationale und außenpolitische Akzente von Orthodoxie*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2019 (SWP-Studie 8/2019), <<https://www.swp-berlin.org/publikation/kirche-und-staat-in-russland-1/>> (Zugriff am 24.10.2020).

¹⁴ »Monument to Vladimir the Great Opened in Moscow on Unity Day«, *Kremlin.ru*, 4.11.2016, <<http://en.kremlin.ru/events/president/news/53211>> (Zugriff am 24.10.2020).

greift. Die Entscheidung für Wladimir war besonders kontrovers, gilt er doch auch als herausragende Figur der ukrainischen Geschichte. Dementsprechend wurde in der Ukraine die Errichtung des Denkmals just vor den Toren des Kremls als Affront gewertet. Sie demonstriert die Absicht der russischen Führung, die russische und die ukrainische Geschichte nicht voneinander getrennt zu betrachten, sondern sie als gemeinsame zu präsentieren.

Durch die Betonung von Kontinuität kommen Aspekte wie Territorium und militärische Macht ins Spiel. Das einstige Reich wird mit der heutigen Großmacht verknüpft.

Die Betonung von Kontinuität erlaubt ferner, Aspekte wie Territorium und militärische Macht hervorzuheben und damit die siegreiche Nation in den Blick zu nehmen. So kehrt das Narrativ zurück zum Thema Großmacht, zu deren wesentlichen Merkmalen aus russischer Sicht Territorium und militärische Stärke gehören. Russland ist seit Jahrhunderten von der Landmasse her der größte Staat der Welt. Diese Größe und die Verteidigung der Grenzen haben zumindest in der Vergangenheit eine erhebliche militärische Macht erfordert, die heute wieder ausgebaut und eingesetzt wird. Niemand kann Russland der Größe und der militärischen Macht, die es in der Vergangenheit besessen hat, berauben; von daher ist die Geschichte für die russische Führung ein sicherer Hafen, in den man immer wieder zurückkehren kann, um ein positives Image des Landes zu verbreiten und den Nationalstolz anzufeuern.

Die Glorifizierung erfolgreicher Phasen des militärischen und territorialen Ausbaus korreliert mit den Idealzielen der heutigen russischen Führung, einen neuerlichen Ausbau des Territoriums unter Einsatz militärischer Macht voranzutreiben.¹⁵ In der Tat gibt es Anzeichen dafür: die Stationierung von Truppen in Georgien, der Republik Moldau und auf der Krim sowie die militärische Unterstützung der sogenannten Separatisten im ukrainischen Donbas.¹⁶ Hierbei geht

¹⁵ Siehe zum Beispiel Walter Russell Mead, »The Return of Geopolitics. The Revenge of the Revisionist Powers«, in: *Foreign Affairs*, 93 (2014) 3, <<https://www.foreignaffairs.com/articles/china/2014-04-17/return-geopolitics>> (Zugriff am 24.10.2020).

¹⁶ Zur Stärke und zu den Funktionen dieser Truppenkontingente siehe Margarete Klein, *Russlands Militärpolitik im postsowjetischen Raum. Ziele, Instrumente und Perspektiven*, Berlin:

es allerdings nicht ausschließlich um territoriale Gewinne, sondern auch darum, die Integration der betroffenen Staaten in die Nato und die EU zu verhindern. Bei Erfolg könnte dies zur Rückkehr der entsprechenden Staaten in den russischen Orbit führen, was einem Zuwachs an Territorium fast gleichkäme. Das würde die Rolle Russlands als Großmacht festigen und an seine Rolle in der Geschichte anknüpfen.

Die Verknüpfung zwischen dem einstigen Reich und der heutigen Großmacht kommt in der (quasi) offiziellen Rhetorik explizit zum Ausdruck. Als Beispiel kann ein Zeitungsartikel des ehemaligen Putin-Beraters Wladislaw Surkow vom 11. Februar 2019 dienen, der Russland als historisch determiniertes Imperium darstellt:

»Es haben sich Wege einer Staatsbildung geöffnet, die nicht von importierten Chimären gelenkt wird, sondern von der Logik historischer Prozesse, von der ›Kunst des Möglichen‹. Der unmögliche, nicht-natürliche und kontrahistorische Zerfall Russlands wurde entschieden gestoppt, auch wenn dies verspätet geschah. Gefallen von der Ebene der UdSSR auf die Ebene der RF [Russischen Föderation], hörte Russland auf zu zerfallen, begann sich wiederherzustellen und kehrte zu seinem natürlichen und einzig möglichen Zustand einer großen, wachsenden und Länder sammelnden Gemeinschaft der Völker zurück. Die unbescheidene Rolle, die unserem Land in der Weltgeschichte zugeordnet wurde, erlaubt es nicht, die Bühne zu verlassen oder in der Masse zu schweigen, sie [die Rolle] bedeutet keine Ruhe und determiniert den schwierigen Charakter der hiesigen Staatlichkeit.«¹⁷

Surkow gilt als einer der informellen Ideologen des heutigen Regimes, 2006 hat er den Begriff »souveräne Demokratie« erfunden; seine Sichtweise ist ernst zu nehmen als wichtiger Baustein im gegenwärtigen Diskurs. Hinzu kommt, dass Surkow bis Februar 2020 zuständig war für die Beziehungen zu den sogenannten Volksrepubliken im Donbas sowie für das Verhältnis

Stiftung Wissenschaft und Politik, September 2018 (SWP-Studie 19/2018), <<https://www.swp-berlin.org/publikation/russlands-militaerpolitik-im-postsowjetischen-raum/>> (Zugriff 24.10.2020).

¹⁷ Hervorhebungen der Autorin. Vladislav Surkov, »Dolgoe gosudarstvo Putina« [Der langwährende Staat Putins], in: *Nezavisimaja*, 11.2.2019, <http://www.ng.ru/ideas/2019-02-11/5_7503_surkov.html> (Zugriff am 24.10.2020).

Russlands zu Abchasien und Südossetien¹⁸. Seine Worte über den »einzig möglichen Zustand einer großen, wachsenden und Länder sammelnden Gemeinschaft der Völker« sind daher auch im Hinblick auf diese Territorien zu verstehen und lassen vermuten, dass Russland die »Volksrepubliken« im Osten der Ukraine weiterhin unterstützen wird.¹⁹ Surkows Aussagen illustrieren einmal mehr, wie die Geschichte gedeutet wird, um Russlands Handlungen im heutigen internationalen Geschehen zu rechtfertigen.

Ein zweiter wichtiger Aspekt von Surkows Artikel im Sinne der Kontinuitätsthese ist seine Beschreibung des Putin'schen Regimes als etwas, das Putin überdauern wird. Er bettet das Regime ein in eine Reihe historischer Regime, die Russland über die Jahrhunderte erlebt hat, und stellt Putin damit auf eine Stufe mit Herrschern wie Iwan III., Peter dem Großen und Wladimir Iljitsch Lenin. Von diesen vier »Staatsmodellen« sagt er: »Geschaffen von Menschen, in den Worten Gumilews »eines langen Willens«, haben diese großen politischen Maschinen, eine der anderen folgend, sich dabei reparierend und adaptierend, über Jahrhunderte die beharrliche Bewegung der russischen Welt nach oben gesichert.«²⁰

Dem Staat wird eine herausragende Rolle in der russischen Geschichte zugeschrieben. Er stehe eindeutig über der Gesellschaft.

Darüber hinaus setzt Surkow mit seinem Artikel einen Trend fort, den der russische Historiker und Professor an der Europäischen Universität in Sankt Petersburg Ivan Kurilla bereits 2010 ausgemacht hat: die Betonung des Staates als positiver Treiber der russischen Geschichte. Kurilla schreibt: »Die postorange

¹⁸ Diese beiden Teilregionen Georgiens werden seit 2008 von Russland als unabhängige Staaten betrachtet.

¹⁹ Die Ersetzung Surkows durch Dmitrij Kosak im Februar 2020 sollte nicht als Aufweichung der Kreml-Linie vis-à-vis der Ukraine gedeutet werden; außerdem ist nicht ausgeschlossen, dass Surkow ein politisches Comeback plant, wie in der Vergangenheit bereits geschehen.

²⁰ Surkov, »Dolgoe gosudarstvo Putina« [wie Fn. 17]. Lew Gumilew (1912–1992) war ein russischer bzw. sowjetischer Historiker und Ethnologe, der den Begriff »Passionarität« entwickelte. Darunter verstand er eine Reihe von Stadien, die jedes Volk (sowie seine Führer) durchläuft. »Menschen eines langen Willens« waren solche, die die Traditionen ihres Volkes ablehnten, aber mit diesem Verhalten ihrem Volk im Endeffekt einen großen Dienst erwiesen.

Obrigkeit [d. h. nach der Orangen Revolution in der Ukraine 2004–2005] hat versucht, ein Narrativ zu etablieren, das die zaristische, die sowjetische und die postsowjetische Vergangenheit in einer Reihe »gut-artiger Staaten« vereint, die die offensichtlichen Brüche zwischen den Phasen der russischen Geschichte vernachlässigt. Dieser staatsbezogene Ansatz, der alles Progressive in der russischen Geschichte den Bemühungen des Staates zuschreibt, hat in zeitgenössischen Deutungen einen neuen Höhepunkt erreicht.«²¹ Surkow stellt sicher, dass nicht nur der Staat, sondern auch sein Oberhaupt gebührend gewürdigt wird. Entscheidend ist jedoch Ersteres: die Betonung der herausragenden Rolle des Staates in der russischen Geschichte, denn sie impliziert eine Hierarchie, in der der Staat eindeutig über der Gesellschaft steht.

Zwischenfazit

Die Hervorhebung der Kontinuität als Komponente der offiziellen russischen Geschichtspolitik erfüllt mehrere innen- und außenpolitische Funktionen für die herrschende Elite. Erstens stärkt sie die Legitimität des heutigen Regimes, indem es in eine lange Reihe mächtiger Herrscher gestellt wird. Diese verbindet nicht nur das Regime mit seinen Vorgängern, sondern auch Wladimir Putin mit früheren Führungsfiguren wie seinem Namensvetter Wladimir I. oder Peter dem Großen. Zweitens konsolidiert die Botschaft der Kontinuität (so sie denn akzeptiert wird) die russische Gesellschaft um die Idee der Zugehörigkeit zu einem Staat, der seit vielen Jahrhunderten existiert und Hindernisse stets überwunden hat, um sich weiterzuentwickeln und sein Fortbestehen zu sichern. Wer diese Interpretation akzeptiert, so die Logik der russischen Führung, wird weniger dazu neigen, den Staat und das Regime in Frage zu stellen, zum Beispiel durch Proteste und Dissens. Und sie fügt sich in einen staatlichen Diskurs ein, der Repressalien gegen Oppositionelle befürwortet, sofern diese als Staats- oder Regimefeinde angesehen werden.

²¹ Ivan Kurilla, *Rethinking the Revolutionary Past. How Color Revolutions Have Led to New Interpretations of Russian History*, Washington, D. C.: Institute for European, Russian and Eurasian Studies (IERES), The George Washington University's Elliott School of International Affairs, April 2010 (PONARS Eurasia Policy Memo Nr. 99), <http://www.ponars.org/sites/default/files/policy-memos-pdf/pepm_099.pdf> (Zugriff am 24.10.2020).

Die außenpolitischen Funktionen dieser Botschaft berühren ebenfalls Fragen der Legitimität. Die fort-dauernde Existenz des russischen Staates unter mächtigen Herrschern impliziert aus russischer Sicht, dass externe Akteure Russland Respekt zollen und seine Führungsfiguren im außenpolitischen Kontext entsprechend behandeln sollten. Ein Auseinanderfallen des russischen Staates erscheint in diesem Rahmen undenkbar, stellt gleichsam ein Tabuthema dar. Schließlich wird Russland in seiner Rolle als Großmacht bestätigt, zu der es aufgrund seiner jahrhundertelangen Geschichte prädestiniert sei. Dies wird nicht bloß der russischen Gesellschaft vermittelt, sondern ebenso externen Akteuren – in der Erwartung, dass sie Russland diese Rolle zugestehen.

Umgang mit Brüchen: Unerwünscht und vom Ausland unterstützt

Die Betonung von Kontinuität in der russischen (und sowjetischen) Geschichte impliziert eine positive Assoziation mit Stabilität bzw. setzt sie voraus. Brüche in diesem Fluss sind Störfaktoren, die Entwicklung und Fortschritt behindern. Wie die russische Führung mit solchen Brüchen umgeht, lässt sich am Beispiel der offiziellen Auseinandersetzung mit den Revolutionen von 1917 und den auf sie folgenden Ereignissen aufzeigen. Dabei geht es nicht nur um die Revolutionen im Februar und Oktober 1917, sondern auch um den Bürgerkrieg von 1918 bis 1921, ferner um den ausländischen Einfluss auf diese Ereignisse und die Frage, wie dieser heute gedeutet wird.

Die Revolutionen von 1917

Die Botschaften von offizieller Seite zur Oktoberrevolution gehen weit über die postulierte Stabilität und Kontinuität in der Geschichte des Landes hinaus: Sie haben viel mit Versöhnung, Konsolidierung und der Rolle externer Akteure zu tun. Hier wie bei der Betonung der historischen Kontinuität erfüllt der Umgang mit der Geschichte innen- und außenpolitische Funktionen. Innenpolitisch spielt der Zusammenhalt der Gesellschaft sowie deren Unterstützung des Regimes eine zentrale Rolle. Beides ist außenpolitisch ebenfalls von Belang, da das Regime ebenso äußeren Einflüssen gegenüber gefestigt werden soll, was einfacher zu erreichen ist, wenn ein hohes Maß an gesellschaftlicher Unterstützung für das Regime gegeben ist. Weil diese jüngst durch die Corona-Krise gesunken ist,²² könnten Regime-

vertreter und -vertreterinnen versucht sein, künftig stärker auf die historische Karte zu setzen, um die Zustimmung in der Bevölkerung zu erhöhen.

Sowohl Außenminister Lawrow als auch der damalige Kulturminister Medinskij haben sich bemüht, die Bedeutung der Revolution als Bruch in der Kontinuität der russischen Geschichte herunterzuspielen. Das weist auf eine einheitliche Regierungslinie zu diesem Thema hin. Lawrow schrieb 2016: »Im Kontext des hundertsten Jahrestages der Russischen Revolution erscheint es sehr wichtig, die Kontinuität der russischen Geschichte zu verinnerlichen, aus der es unmöglich ist, irgendwelche separaten Phasen herauszutrennen [...].«²³ Medinskij's Einschätzung fällt komplexer aus. In seiner Rede vom Mai 2015 (siehe S. 9) verweist er auf die Revolution als »einen Versuch der Errichtung einer gerechten Gesellschaft auf Erden«, der »die Wege der historischen Entwicklung Russlands verändert hat«. Gleichzeitig hebt er hervor: »Die letzten 100 Jahre haben gezeigt, dass eine lebendige Kontinuität in der Entwicklung des Landes existiert vom Russischen Reich hin zur Sowjetunion und weiter – zur Russischen Föderation.«²⁴ Diese beiden Zitate sind ein Indiz für die ambivalente Einstellung der russischen Führung zur Oktoberrevolution. Diese Ambivalenz hat dazu geführt, dass die Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag dieses für

²² Maria Snegovaya/Denis Volkov/Stepan Goncharov, »The Coronavirus Could Hit Putin Most of All«, in: *Foreign Policy*,

5.6.2020, <<https://foreignpolicy.com/2020/06/05/coronavirus-vladimir-putin-russia/>> (Zugriff am 24.10.2020).

²³ Lawrow, »Istoričeskaja perspektiva« [Historische Perspektive] [wie Fn. 5].

²⁴ »Platforma nacionalnogo primirenija« [Plattform der nationalen Versöhnung] [wie Fn. 4].

Russland und die Sowjetunion durchaus prägenden Ereignisses bescheiden ausgefallen sind.²⁵

Das heutige Regime hegt offenbar Sympathien für das zaristische Russland. An revolutionäre Brüche wird nur ungen erinnert.

Erst im Dezember 2016 wurde eine Kommission eingesetzt, um Pläne für das Erinnerungsjahr zu entwickeln. Schon dieser späte Schritt spricht für die niedrige Priorität der Ereignisse von 1917 für das herrschende Regime. Dadurch wurde insbesondere die Februarrevolution, die zur Abdankung Zar Nikolaus' II. führte, offiziell kaum behandelt. Dies lässt erstens auf Sympathien im heutigen Regime für das zaristische Russland schließen, zweitens auf seine Abneigung gegen revolutionäre Brüche. Die Oktoberrevolution, deren Ergebnis die Gründung der Sowjetunion durch die Bolschewiken war, erfuhr etwas mehr Aufmerksamkeit. Offenbar befürchtete die russische Führung, eine Vernachlässigung dieser Ereignisse von (offizieller) politischer Seite könnte dazu führen, dass andere Akteure deren Deutung prägen. Naheliegend war zum Beispiel, dass die Kommunistische Partei durch ihren Umgang mit dem Jahrestag die Revolutionen in ein wesentlich positiveres Licht rücken könnte, als der politischen Führung des Landes lieb gewesen wäre.

In der Tat würdigten die heutigen Kommunisten die Ereignisse von 1917, indem sie am 7. November einen Umzug durch das Zentrum Moskaus organisierten.²⁶ Zu sowjetischen Zeiten war dieses Datum als wichtigster offizieller Feiertag fest im Kalender verankert. Unter Putin wurde der Feiertag auf den 4. November verlegt und in »Tag der Nationalen

Einheit« umbenannt. Gefeierte wird seitdem der Sieg über polnische Truppen im Jahr 1612; an diesem Tag wurde Moskau von den Besatzungskräften befreit. Außerdem wird des Endes der Zeit der Wirren (1598–1613) gedacht, einer Periode, in der die Thronnachfolge umstritten war. Die Bezeichnung des Feiertags bezieht sich auf die gesellschaftliche Einheit, die Voraussetzung war für den Sieg über die polnischen Truppen, der wiederum Russlands Staatlichkeit in dieser schwierigen Phase verteidigte. Ab 1613 begann die Zeit der Romanow-Dynastie, die bis zu den Revolutionen von 1917 andauerte. So wurde versucht, die Aufmerksamkeit vom alten sowjetischen Feiertag und der Oktoberrevolution wegzulenken und einen russischen Sieg gegen eine ausländische Armee in den Mittelpunkt zu stellen. Umfragen zeigen allerdings, dass dies nur bedingt gelungen ist. Fast die Hälfte der Befragten (48 Prozent) empfand den Tag nicht als Feiertag, nur 12 Prozent konnten seine genaue Bezeichnung nennen.²⁷

Die offiziellen Gedenkfeiern zum 100. Jahrestag der »Großen Oktoberrevolution« waren nicht nur gedämpft, sondern auch »verzerrt«. Am 7. November fand ein Umzug auf dem Roten Platz statt, gestaltet als Rekonstruktion einer Parade von Soldaten im Jahr 1941, die anschließend direkt an die Front fuhren. Auf diese Weise wurde der Revolutionsfeiertag in eine Würdigung des russischen Sieges im Zweiten Weltkrieg umgewandelt (siehe S. 23ff).²⁸ Ansonsten blieb das offizielle Engagement auf einige wenig sichtbare Projekte und Veranstaltungen begrenzt; Priorität wurde den Vorschlägen eingeräumt, die keine zusätzlichen Mittel benötigten.²⁹ Mit der Umsetzung wurden regimenahe Organisationen betraut, etwa die Stiftung »Geschichte des Vater-

25 Ivan Kurilla, *History and Memory in Russia during the 100-Year Anniversary of the Great Revolution*, Washington, D. C.: IERES, Januar 2018 (PONARS Eurasia Policy Memo Nr. 503), <<http://www.ponarseurasia.org/memo/history-and-memory-russia-during-100-year-anniversary-great-revolution>>; Ekaterina Makhotina, »Erinnern und Vergessen: Wie Russland heute der Oktoberrevolution gedenkt«, in: *Russland-Analysen*, (6.11.2017) 343, S. 2–4, <<http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen343.pdf>> (Zugriff jeweils am 24.10.2020).

26 Ivan Nechepurenko, »Communists Mark Russian Revolution's Centenary in Moscow«, in: *The New York Times*, 7.11.2017, <<https://www.nytimes.com/2017/11/07/world/europe/russia-revolution-centenary.html>> (Zugriff am 24.10.2020).

27 Wadim Schatalin, »Počti polowina rossijan ne sčitaet Den narodnogo edintswa nastojaščim prazdnikom« [Fast die Hälfte der Russen hält den Tag der Einheit des Volkes nicht für einen richtigen Feiertag], *Deutsche Welle*, 3.11.2017, <<https://bit.ly/32Cp06G>> (Zugriff am 24.10.2020).

28 Shaun Walker, »Tragedy or Triumph? Russians Agonise over How to Mark 1917 Revolutions«, in: *The Guardian*, 17.12.2016, <<https://www.theguardian.com/world/2016/dec/17/russia-1917-revolutions-legacy-lenin-putin>> (Zugriff am 24.10.2020).

29 Lisa Miller/Sofja Samochina, »Est na revolutsiju zatraty« [Es gibt Ausgaben für die Revolution], in: *Kommersant*, 13.2.2017, <<https://www.kommersant.ru/doc/3217955?stamp=636228622594274548>> (Zugriff am 24.10.2020).

landes« und die Russische Historische Gesellschaft (für mehr Details siehe Anhang, S. 37ff).³⁰

Offizielle Aussagen zu den Revolutionen von 1917 implizieren, dass Proteste und Unruhen dem Land schaden und unterbunden werden müssen.

Putins Einstellung zu den Ereignissen von 1917 wird in nachstehendem Zitat deutlich:

»Wir kennen sehr gut die Folgen, die diese großen Umbrüche bringen können. Unser Land hat leider viele solche Umbrüche und ihre Folgen im 20. Jahrhundert erlebt [...]. Das nächste Jahr, 2017, wird den 100. Jahrestag der Februar- sowie der Oktoberrevolution markieren. Das ist ein guter Moment, um auf die Ursachen und die Natur dieser Revolutionen in Russland zurückzuschauen ... Lassen wir uns daran erinnern, dass wir ein Volk sind, ein *einheitliches* Volk, und dass wir nur ein Russland haben.«³¹

Impliziert wird, dass man das Land nicht durch Proteste bzw. Unruhen in Gefahr bringen, sondern sich (ver-)einigen solle mit dem Ziel, Stabilität und die Entwicklung des Landes voranzubringen. Solche Aussagen helfen der russischen Führung, eine Legitimationsbasis zu schaffen für Handlungen wie die Repressionen gegen Demonstrierende im Vorfeld der Kommunal- und Regionalwahlen im September 2019. Dies ist eng verknüpft mit einer weiteren innenpolitischen Funktion des offiziellen Umgangs mit der Geschichte: der Diskreditierung oppositioneller Stimmen und Handlungen.

Die Ambivalenz der russischen Führung vis-à-vis der Oktoberrevolution und der sowjetischen Zeit insgesamt zeigt sich auch darin, dass das Lenin-Mausoleum nach wie vor auf dem Roten Platz beheimatet ist. Auf der einen Seite heißt das, wie der Historiker Ivan Kurilla schreibt: »Die Vision des russischen Präsidenten von einer kontinuierlichen russischen Geschichte vom Russischen Reich über die Sowjetunion bis hin zum postsowjetischen Russland hindert ihn daran, die sowjetische Phase der russi-

schen Geschichte sowie die Revolution von 1917 als ihren Gründungsmythos abzuwerten.«³²

Auf der anderen Seite haben die minimalen Bemühungen, der Oktoberrevolution zum 100. Jahrestag zu gedenken, deutlich gemacht, dass die russische Führung am liebsten die Revolution als Ereignis übergehen würde. Nicht nur stört diese das Narrativ der Kontinuität in der russischen Geschichte, sondern ihre Glorifizierung, wie sie zu Sowjetzeiten praktiziert wurde, konterkariert die heutige russische Darstellung von Revolutionen und ähnlichen Ereignissen. Diese werden als überwiegend negative Phänomene betrachtet, die Chaos auslösen, Gesellschaften spalten und Unsicherheit säen. Zu sehen ist das zum einen in der offiziellen russischen Darstellung der Majdan-Proteste in der Ukraine; zum anderen findet man Elemente davon in der Berichterstattung russischer Staatsmedien über die »Gelbwesten« in Frankreich, die Proteste gegen Maduro in Venezuela und andere Demonstrationen rund um den Globus.³³ In den Reportagen wird oft die gewalttätige Natur dieser Proteste (über-)betont und die Unfähigkeit der dortigen Regime insinuiert.³⁴ Dies impliziert wiederum, dass die Gesellschaft in Russland sich um den Staat konsolidieren solle, denn alles andere sei gefährlich und bringe Schaden für Staat und Gesellschaft mit sich.

Der Bürgerkrieg 1918–1921 und die gesellschaftliche Versöhnung

Anders als dem von offizieller Seite eher vernachlässigten 100. Jahrestag der Februar- bzw. Oktoberrevolution wurde dem Bürgerkrieg, der zwischen 1918 und 1921 in Russland tobte, mehr Beachtung gewidmet. Ins Zentrum gestellt wurde dabei die Idee der Versöhnung zwischen verschiedenen Teilen der (heutigen) russischen Gesellschaft, in Anlehnung an die damalige Kluft zwischen den »Roten«, die die Bolschewiken unterstützten, und den »Weißen«, die gegen die »Roten« und teilweise für eine Rückkehr zur Monarchie kämpften. Historische Fragen dienen

32 Kurilla, *History and Memory in Russia* [wie Fn. 25].

33 Die Verurteilung solcher Ereignisse schließt nicht aus, dass russische Akteure (zum Teil mit staatlicher Unterstützung) diese Proteste anheizen.

34 Siehe zum Beispiel Aleksej Poplavskiy, »Pariž v ognе: ›želtyye žilye‹ prazdnuyut godovščinu« [Paris in Flammen: »Gelbe Westen« feiern Jubiläum], *Gazeta.ru*, 17.11.2019, <https://www.gazeta.ru/politics/2019/11/17_a_12816920.shtml> (Zugriff am 24.10.2020).

30 Ebd.

31 Hervorhebungen der Autorin. Walker, »Tragedy or Triumph?« [wie Fn. 28].

also dazu, das Thema Konsolidierung der Gesellschaft um die Ideale des Staates im Diskurs zu etablieren und auf die negativen Folgen einer Spaltung der Gesellschaft hinzuweisen. Implizit wird Meinungspluralismus mit einer unheilvollen Spaltung gleichgesetzt. Von dort ist es nur ein Schritt zu der Behauptung, es müsse eine einheitliche Meinung nicht nur zur Vergangenheit geben, sondern auch zur Gegenwart und sogar zur Zukunft.

**Unterschiedliche Meinungen
zu historischen Ereignissen sollen
in einer einzigen, einheitlichen
aufgehen. Die so herbeigeführte
gesellschaftliche Versöhnung
stärkte den Staat.**

Die Botschaft der Versöhnung bringt Implikationen für die heutige Situation mit sich. Die politische Führung erwartet von der Bevölkerung, dass sie sich um die vom Staat vorgegebenen Werte und Richtungsweisungen einigt und auf Dissens verzichtet. Laut Medinskij sollen unterschiedliche Meinungen in der Gesellschaft über historische Ereignisse zu einem Kompromiss bzw. zur Ausarbeitung einer einheitlichen Position führen: »Die wissenschaftliche Gemeinschaft hat jetzt die einmalige Möglichkeit, eine einheitliche übergreifende [obščegraždanskuju] Position zu den Schlüsseletappen der Entwicklung Russlands auszuarbeiten. Ein Meinungsunterschied ist Grund für Dialog und Kompromiss, nicht für Konflikt.«³⁵ Damit impliziert er, dass konkurrierende Meinungen nur zeitweilig, quasi übergangsweise, bestehen sollen, die anzustrebende Situation aber eine ist, in der unterschiedliche Meinungen in einer einheitlichen aufgehen.

Die Proteste gegen den Kinofilm »Matilda« (2017) wurden als Teil der fortdauernden Auseinandersetzung zwischen Anhängern der »roten« bzw. »weißen« Linie wahrgenommen, selbst wenn der Film Ereignisse aus den 1890er Jahren darstellt, spricht vor dem Bürgerkrieg spielt.³⁶ Er schildert die Liebesaffäre zwischen dem werdenden Zaren Nikolaus II. und der Primaballerina Matilda Kschesinskaja.

35 »Platforma nacionalnogo primirenija« [Plattform der nationalen Versöhnung] [wie Fn. 4].

36 Witalij Lejbin, »Meždu Leninyim i Medinskim« [Zwischen Lenin und Medinskij], *Expert Online*, 10.11.2017, <https://expert.ru/russian_reporter/2017/20/mezhdu-leninyim-i-medinskim/> (Zugriff am 24.10.2020).

Vor allem hat er den Zorn der Russischen Orthodoxen Kirche auf sich gezogen;³⁷ Bischof Tichon (siehe S. 11) zum Beispiel hat den Film als »Verleumdung« bezeichnet.³⁸ Die Kirche hatte den Zaren im Jahr 2000 aufgrund seines gewaltsamen Todes durch die Bolschewiken kanonisiert und verurteilte die Unterstellung, er habe eine außereheliche Affäre gehabt, als blasphemisch.

Der Protest vonseiten der ROK wurde von Teilen der Gesellschaft wie von einigen politischen Akteuren aufgegriffen und dominierte einige Wochen lang sowohl die Politik als auch den kulturellen Diskurs. Insbesondere Natalia Poklonskaja, für die Partei »Einiges Russland« in der Duma und früher Generalstaatsanwältin auf der Krim, unterstützte die Argumente der Kirche und kritisierte den Film wegen der Glorifizierung unethischen Verhaltens und der damit einhergehenden Verurteilung traditioneller Werte. Dabei wurde der Film ursprünglich als politisch opportun angesehen – ein Drittel der Finanzierung kam vom Kulturministerium. Dieses hat letztendlich die Genehmigung für den Film erteilt, so dass er trotz der Kontroverse in ganz Russland gezeigt werden durfte. Dennoch haben sich etliche Kinobetreiber geweigert, ihn in ihr Programm aufzunehmen, weil sie sicherheitsbezogene Bedenken hatten.

Es erscheint plausibel, dass der Plan, den Film zum Zeitpunkt des 100. Jahrestages der Oktoberrevolution in die Kinos zu bringen, für das offizielle Russland auch damit zusammenhing, die Aufmerksamkeit des Publikums auf die zaristische Periode zu lenken – also weg vom Beginn der sowjetischen Phase. Die Entwicklung der Diskussion um »Matilda« weist einmal mehr auf die einflussreiche Rolle der Kirche hin, was historische Fragen betrifft, und auf ihr polarisierendes Potential.

Geschichtslehrbücher für die Schule behandeln den Bürgerkrieg als Ergebnis der Revolutionen von 1917 und der »problematischen« Methoden der Bolschewiken, die, »an die Macht kommend, versuchten, sie mit allen Mitteln zu behalten. Demokra-

37 Viv Groskop, »Gone too Tsar: The Erotic Period Drama That Has Enraged Russia«, in: *The Guardian*, 19.4.2018, <<https://www.theguardian.com/film/2018/apr/19/matilda-controversy-tsar-nicholas-ii-alexei-uchitel>> (Zugriff am 24.10.2020).

38 Samuel Goff, »Matilda: Alexey Uchitel on His Controversial Film – Is It Worth the Outrage?«, in: *The Calvert Journal*, 30.11.2017, <<https://www.calvertjournal.com/articles/show/9276/matilda-alexey-uchitel-controversial-film-interview>> (Zugriff am 24.10.2020).

tische Normen ignorierend, haben sie die Gründungsversammlung aufgelöst und schlugen den Weg der gewalttätigen Entfernung ihrer Opponenten und der Etablierung einer Einparteiendiktatur ein und ermöglichten damit den Übergang der Menschewiken und der SR [Sozialrevolutionäre] zu gewalttätigen Methoden des Kampfes.«³⁹ Ein Lehrbuch mit einem »vertieften Niveau« für die 11. Klasse beschreibt die Situation etwas differenzierter, sowohl im Hinblick auf die Ereignisse des Revolutionsjahres 1917 als auch in Bezug auf den Bürgerkrieg. Eine Auseinandersetzung mit der Rolle der Bolschewiken in und vor allem nach der Revolution vom 7. November ist heute eher möglich als zu Sowjetzeiten, in denen es einen Personenkult um Wladimir Iljitsch Lenin gab und die Übernahme der Macht durch die Bolschewiken fast ausschließlich positiv dargestellt wurde.⁴⁰ Allerdings ist es heutzutage schwierig geworden, in offiziellen Kontexten auf eventuelle Vorteile der damaligen Entwicklung einzugehen. Insgesamt ist die Absicht politischer Akteure klar, die Bedeutung der Revolutionen von 1917 herunterzuspielen und stärker an die zaristische Epoche anzuknüpfen. So fügen sich der Umgang mit geschichtlicher Kontinuität und der Umgang mit historischen Brüchen zu einer einheitlichen Botschaft zusammen, derjenigen eines (ewig) fortdauernden, versöhnten und dadurch geeinten Landes.

Revolutionäre Brüche und ausländische Einmischung

Wie die Betonung der Kontinuität ist auch die negative Darstellung von Brüchen eng verknüpft mit der Außenpolitik. Sie lässt sich nicht nur hervorragend mit der offiziellen Kritik an den sogenannten farbigen Revolutionen vereinbaren, sondern hat möglicherweise ihren Ursprung darin. Laut dieser Linie sind Revolutionen erstens an sich negativ zu be-

³⁹ Michail Gorinow et al., *Istorija Rossii* [Geschichte Russlands], Teil 1, Moskau: Prosweščenie, 2016, S. 58.

⁴⁰ Nikita Sagladin/Juri Petrov, *Istorija Rossii: Konec XIX–načalo XXI veka* [Geschichte Russlands: Ende 19. bis Anfang 21. Jahrhundert], Moskau: Russkoe slovo, 2016, hier insbesondere S. 83 – 124; Vladlen Ismosik/Sergej Rudnik, *Istorija Rossii, 11 klass* [Geschichte Russlands, 11. Klasse], Moskau: Ventana-Graf, 2014, S. 101 – 142. Siehe auch die Ausgabe *Faktor Lenina* der Zeitschrift *Istoričeskaja perspektiva* [Der Faktor Lenin], 28 (2017) 4, <https://leninism.su/images/PDF/istorik_zhurnal.pdf> (Zugriff am 24.10.2020).

werten, zweitens werden sie in der Regel von ausländischen Akteuren eingeleitet. Diese Argumentation wird ebenso auf die Oktoberrevolution angewandt.

Am besten zu erkennen ist diese Verknüpfung in dem bereits erwähnten Aufsatz von Außenminister Sergej Lawrow vom März 2016 (siehe S. 9f). Darin hebt der Autor den Anteil ausländischer Akteure an der Oktoberrevolution hervor, genauso wie an den sogenannten farbigen Revolutionen, die im offiziellen russischen Diskurs hauptsächlich außerhalb der Länder angestoßen wurden, in denen sie stattfanden. Zudem betont er, dass Revolutionen Chaos, Anarchie und eine lange Phase der Instabilität mit sich bringen, die schlechte Auswirkungen auf das Leben der Bevölkerung hat. Daher seine Schlussfolgerung: »Und unser Land, das in seiner Geschichte eine Periode der Aufmunterung zu künstlichen Transformationen im Ausland erlebt hat, geht von einer klaren Präferenz für evolutionäre Änderungen aus, die in den Formen und mit der Geschwindigkeit passieren sollten, die den Traditionen und dem Entwicklungsniveau der jeweiligen Gesellschaft entsprechen.«⁴¹

Die negative Sicht auf Revolutionen ist eng verknüpft mit der Außenpolitik: sei es die Kritik am Westen, die Aversion gegen Einmischung von außen oder die Krim-Annexion.

Die Verknüpfung von Revolution und Außenpolitik findet sich auch in der Kritik am Westen wieder. Mit Blick auf den 100. Jahrestag vermutet Lawrow, externe Akteure könnten versuchen, Russland wegen der Ereignisse von 1917 in ein schlechtes Licht zu rücken. Das Thema 100. Jahrestag verbindet er mit der Frage, ob Nazismus und Kommunismus gleich zu (be-)werten seien – was er verneint. Schließlich greift er den Jahrestag auf, um zu zeigen, dass Russland nicht schlechter als alle anderen Länder sei, die Revolutionen erfahren haben, weil alle Revolutionen als Tragödien zu bezeichnen seien.⁴² Lawrow vertritt somit eine defensive Position, die davon ausgeht, dass externe Akteure historische Ereignisse nutzen, um Russland zu kritisieren. Ausdruck dafür ist zum Beispiel die russische Reaktion auf die Resolution des Europäischen Parlaments vom September 2019, die den Nazismus und den Stalinismus als totalitäre

⁴¹ Lawrow, »Istoričeskaja perspektiva« [Historische Perspektive] [wie Fn. 5].

⁴² Ebd.

Regime gleichermaßen verurteilt. Putin hat diese Resolution stark kritisiert und sie ist, negativ konnotiert, immer noch sehr präsent in der russischen Debatte um Geschichtsfragen.⁴³

Die bereits angesprochenen Thesen von Kulturminister Medinskij vom Mai 2015 (siehe S. 9) greifen einen weiteren Aspekt auf, der häufig im Zusammenhang mit dem Thema Unruhen auftaucht. Seine fünfte und letzte These weist auf die Gefahr hin, bei einem internen Kampf auf ausländische Verbündete zu zählen. Laut Medinskij ist dies eine wichtige Lehre, die sich aus der Beschäftigung insbesondere mit der Oktoberrevolution und dem Bürgerkrieg ziehen lasse. In diesem Fall sei die Einmischung ausländischer Akteure zugelassen worden, mit der Folge, dass existierende Bruchlinien in der Bevölkerung sich vertieft hätten. Mit dieser Aussage wird impliziert, solche Bruchlinien ließen sich schneller und besser bzw. vollständig überwinden, wenn Einflüsse von außen verhindert werden. Diese Behauptung weist in Richtung einer stärkeren Abschottung und lässt sich leicht mit der Aversion gegen externe Einmischung in Einklang bringen, die im aktuellen russischen außenpolitischen Diskurs klar zu vernehmen ist. Medinskij ist nicht der einzige, der diese Botschaft verbreitet; sie ist auch in populärwissenschaftlicher Literatur zur Oktoberrevolution zu finden.⁴⁴

Die Verknüpfung von Medinskij's Thesen mit der russischen Außenpolitik wird in seiner Rede deutlich, als er über die Entwicklung in und den Umgang mit der Ukraine spricht. Erstens kritisiert er die Ukraine dafür, im Zuge einer versuchten Dekommunisierung Denkmäler zu zerstören und somit eine ahistorische Politik zu praktizieren. Zweitens behauptet er bezüglich der angeblichen Rückkehr der Krim »in den heimatlichen Hafen«, das heißt der Krim-Annexion im März 2014, auf der Krim sei eine Initiative entstanden, die ein »Versöhnungsdenkmal« etablieren wolle als Zeichen dafür, dass der damalige Bürgerkrieg endgültig beendet sei. So wird impliziert, dass die »Rückkehr« der Krim zur Russischen Föderation zu einem sinnvollen und friedlichen Umgang mit der Geschichte beitrage. Dies stehe in Kontrast zum Um-

gang der ukrainischen Führung mit historischen Sachverhalten, da durch die Zerstörung von Denkmälern die Geschichte vergessen bzw. verdrängt werde.

Dieser Diskurs zeigt, wie schnell führende politische Persönlichkeiten in Russland von einer Analyse historischer Sachverhalte zu einer Diskussion von Gegenwartsthemen übergehen. Historische Fragen dienen in erster Linie als Anlass zu Aussagen über die Gegenwart. Das Aufgreifen historischer Themen gibt russischen Akteuren die Möglichkeit, das heutige Verhalten externer Akteure zu kritisieren und das eigene zu rechtfertigen. Dies passiert besonders häufig im Hinblick auf die Ukraine, den neuralgischen Punkt in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen.

Zwischenfazit

Betrachtet man den Umgang mit den russischen Revolutionen des Jahres 1917, lassen sich zusammenfassend einige Schlussfolgerungen formulieren, die sowohl innen- als auch außenpolitische Funktionen dieser Ereignisse für die derzeitige Führung erkennen lassen. Der offizielle Grund für das Gedenken an diese Revolutionen und den sich anschließenden Bürgerkrieg lautet: die Versöhnung innerhalb der heutigen russischen Gesellschaft vorantreiben, die wiederum die Basis für eine Konsolidierung dieser Gesellschaft um gemeinsame Ziele darstellt. Geschichtsdeutung fungiert hier als Werkzeug, um die Gesellschaft zu einen – um den Staat, um die Führung, um eine bestimmte Sichtweise auf die Vergangenheit, die Implikationen für die Zukunft mit sich bringt.

Eine Ablehnung der Revolution und ihrer Implikationen ist allerdings nicht gleichzusetzen mit einer Ablehnung der sowjetischen Phase als solcher. Medinskij behauptet zum Beispiel: »Die sowjetische Epoche, die nach der Revolution von 1917 begonnen hat, brachte gigantische Errungenschaften hervor. Die heutigen Generationen sollten in ihnen die Kraft des menschlichen Geistes und das Heldentum der Vorgänger sehen. Genau auf diese Art und Weise ist es möglich, Kontinuität in der Geschichte zu erreichen und eine moderne Gesellschaft zu bauen.«⁴⁵ Dies zeigt eine positive Sicht auf die sowjetische Zeit: Die Errungenschaften dieser Jahrzehnte werden betont. Bekräftigt wird diese Einschätzung durch die enorme

⁴³ Siehe zum Beispiel Vladimir Putin, »The Real Lessons of the 75th Anniversary of World War II«, in: *The National Interest*, 18.6.2020, <<https://nationalinterest.org/feature/vladimir-putin-real-lessons-75th-anniversary-world-war-ii-162982>> (Zugriff am 24.10.2020).

⁴⁴ Siehe zum Beispiel Nikolai Starikov, *1917: Razgadka »russkoj« revoljucii* [1917: Das Rätsel der »russischen« Revolution], Sankt Petersburg: Piter, 2017.

⁴⁵ »Platforma nacionalnogo primirenija« [Plattform der nationalen Versöhnung] [wie Fn. 4].

Bedeutung, die der Sieg über das nationalsozialistische Deutschland im Zweiten Weltkrieg im heutigen russischen Geschichtskanon einnimmt (siehe nächstes Kapitel).

Medinskijs Aussagen verknüpfen verschiedene Botschaften. Erstens ist laut dem offiziellen russischen Diskurs eine durchgehende Kontinuität in der russischen Geschichte festzustellen, die positiv bewertet wird. Zweitens sind demgemäß Zäsuren wie die Oktoberrevolution und der darauf folgende Bürgerkrieg, die die Gesellschaft spalten, als tragische Unterbrechungen zu sehen, die die Kontinuität aber nicht grundsätzlich in Frage stellen. Die Spaltung müsse und könne überwunden werden, indem man zu einer einzigen Deutung gelangt, die von allen akzeptiert wird. Das gilt für die staatliche wie für die gesellschaftliche Ebene, wobei letztere ersterer unterzuordnen ist.

Gleichzeitig werden aus diesen Botschaften und den mit ihnen verbundenen historischen Ereignissen außenpolitische Schlussfolgerungen abgeleitet, beispielsweise zur Lage in der Ukraine, zur Krim-Annexion und zur Frage der Einmischung fremder Mächte. So werden Deutungen der Geschichte genutzt, um bestimmte russische Positionen in der Außenpolitik zu untermauern. Dass die Rolle von revolutionärem Wandel diskreditiert wird, passt zur Kritik der sogenannten farbigen Revolutionen im postsowjetischen Raum sowie ähnlicher Phänomene in anderen Teilen der Welt, etwa des Arabischen Frühlings. Die offizielle Abneigung gegen Revolutionen ist ferner verknüpft mit dem Umgang mit gesellschaftlichem Dissens. Wenn revolutionäre Ereignisse unweigerlich in Chaos und Anarchie münden, ist es nach Ansicht der russischen Führung gerechtfertigt, dass der Staat Repressionen gegen diejenigen einsetzt, die solche Ereignisse unterstützen oder an Handlungen teilnehmen, die zu solchen Ereignissen führen können.

Die Verschiebung der Schuld für revolutionäre Brüche auf ausländische Akteure behindert eine genuine Aufarbeitung der Geschichte.

Die negative Konnotation von Brüchen hat darüber hinaus weitere Implikationen für den außenpolitischen Bereich. Die russische Seite erwartet, dass externe Akteure (Um-)Bruchsituationen in Russland nutzen, um das Land zu schwächen. Dies gilt sowohl für (Gedenktage an) Brüche in der Geschichte als auch für

heutige Proteste. Diese Situationen werden dargestellt als von externen Akteuren angestoßen oder zumindest gefördert. Folglich gelten solche Ereignisse als fremdgesteuert bzw. als Möglichkeit für Kräfte außerhalb Russlands, sich in die Angelegenheiten des Landes einzumischen, wogegen Russland sich mit Fug und Recht wehren könne. Die russische Führung wiederum kann Außenstehenden die Schuld für negative Ereignisse geben und die positiven für sich selbst reklamieren. Dies behindert eine genuine Aufarbeitung der Geschichte, weil man die Notwendigkeit vermeiden kann, sich mit der eigenen Schuld bzw. der der Vorfahren auseinanderzusetzen.

Umgang mit Siegen: Krieg als Identitätsstifter

Auch wenn die russische Führung stets die Kontinuität der Geschichte betont, wird ein Ereignis herausgegriffen und zum Gründungsmythos des heutigen Russlands stilisiert:⁴⁶ der Zweite Weltkrieg, in Russland fast durchgehend »Großer Vaterländischer Krieg« (GVK) genannt.⁴⁷ Gemeint ist damit nicht, dass das heutige Russland mit diesem Krieg begonnen hat zu existieren. Vielmehr geht es darum, dass die Eigenschaften, die sich in diesem Krieg manifestierten, als Wesensmerkmale des russischen Staates bzw. seines Volkes verstanden werden. Selbst die Bezeichnung des Krieges weist auf die Bedeutung hin, die er für die russische/sowjetische Politik und Gesellschaft hatte und weiterhin hat: erstens die schieren Ausmaße des Krieges, bei dem laut russischen Schätzungen über 26 Millionen Sowjetbürgerinnen und -bürger ihr Leben verloren haben; zweitens die Idee der Verteidigung des Vaterlandes, die sehr gut in den aktuellen Diskurs über Patriotismus hineinpasst;⁴⁸ drittens den Kampf gegen den Faschismus, der identitätsstiftend für die sowjetische Ideologie wirkte und heute wieder aufgegriffen wird, um Russland als »eine gute Macht« gegenüber »den bösen Faschisten« insbesondere in der Ukraine zu präsentieren. Die Beschäftigung mit

dem Zweiten Weltkrieg erfüllt also gleichzeitig mehrere innen- und außenpolitische Funktionen.

Offizielle Feierlichkeiten zum Gedenken an den Sieg

Unverkennbares Symbol für den Stellenwert, den der Große Vaterländische Krieg heute auf offizieller Ebene genießt, ist die Militärparade, die jedes Jahr in Moskau am 9. Mai veranstaltet wird. Während der Präsidentschaft Wladimir Putins hat die Parade wieder an Bedeutung gewonnen, nachdem sie Ende der 1980er Jahre nicht mehr stattgefunden und in den 1990er Jahren nur sporadisch, bei wichtigen Jahrestagen, eine Rolle gespielt hatte. Putin hat sie als jährliches Ereignis wieder eingeführt und sie hat in den Jahren seiner Präsidentschaft eine andere Gestalt angenommen. Dies betrifft sowohl ihre Ausmaße als auch ihre Ausstrahlung und schließlich ihre Signifikanz als außenpolitisches Instrument. Vor allem in den Jahren, in denen es sich um einen besonderen Jahrestag handelt (wie zum 60., 65. oder 70. Jahrestag 2005, 2010, 2015), legt der Kreml Wert darauf, dass hochrangige ausländische Gäste an der Parade teilnehmen. Anzahl und Rang solcher Gäste haben in den letzten Jahren allerdings abgenommen.

Im Jahr 2020 musste die Parade aufgrund der Covid-19-Pandemie erstmalig verschoben werden. Obwohl die Pandemie in vielen russischen Regionen noch sehr akut war, hat Putin darauf bestanden, die Parade am 24. Juni abzuhalten – an dem Tag, an dem Stalin die Siegesparade nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs veranstaltet hat. Putin nutzte die Parade gleichzeitig als Auftakt für die Abstimmung über die Verfassungsreform, die ihm unter anderem ermöglicht, 2024 nochmals für das Amt des Präsidenten zu kandidieren. Unter den Bedingungen der Pandemie konnte die Parade freilich nicht in gewohnter Weise stattfinden. Moskaus Bürgermeister Sergej

⁴⁶ Siehe zum Beispiel die Meinung des Historikers Serhii Plokhii in Andrew Higgins, »Putin-Era Taboo: Telling Why Some Soviets Aided Nazis«, in: *The New York Times*, 21.6.2017, <<https://www.nytimes.com/2017/06/21/world/europe/vladimir-putin-russia-vladimirmelikhov.html?searchResultPosition=1>> (Zugriff am 24.10.2020).

⁴⁷ In den Geschichtslehrbüchern wird unterschieden zwischen dem Zweiten Weltkrieg (Beginn am 1. September 1939) und dem »Großen Vaterländischen Krieg« (Beginn am 22. Juni 1941, dem Tag des Angriffs des nationalsozialistischen Deutschlands auf die UdSSR).

⁴⁸ Siehe ohne Autor, *Patriotic Mobilisation in Russia*, Brüssel: International Crisis Group, 4.7.2018 (Europe Report Nr. 251), <<https://www.crisisgroup.org/europe-central-asia/caucasus/russianorth-caucasus/251-patriotic-mobilisation-russia>> (Zugriff am 24.10.2020).

Sobjanin forderte die Einwohner und Einwohnerinnen der Hauptstadt dazu auf, das Ereignis im Fernsehen zu verfolgen, anstatt sich zum Roten Platz zu begeben. In einigen Städten wurden die lokalen Paraden wegen der gesundheitlichen Situation abgesagt.⁴⁹

Die Hauptparade findet jedes Jahr in Moskau statt. In den letzten Jahren wurde vor allem auf die militärische Stärke des Landes hingewiesen, indem eine große Anzahl von Soldatinnen und Soldaten auftrat und militärisches Gerät in beeindruckender Menge gezeigt wurde. Auch die übliche Präsenz hochrangiger russischer Politikerinnen und Politiker sowie Militärs demonstriert die Bedeutung der Veranstaltung. Neben dem Präsidenten, der in seiner Funktion als Oberbefehlshaber der Streitkräfte eine Rede hält, sind unter anderem der Premierminister und der Verteidigungsminister anwesend. Letzterer nimmt die Parade ab. Veteranen und ihre Familien sowie Ehrengäste aus anderen Ländern gehören zu denjenigen, die auf der Ehrentribüne Platz nehmen dürfen. Im Jahr 2018 waren zum Beispiel der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu und der serbische Präsident Alexander Vučić unter den Ehrengästen.⁵⁰

Inzwischen haben sich die Voraussetzungen, des Sieges zu gedenken, geändert. Früher konnte man die Veteranen ausführlich würdigen, aber deren Zahl nimmt stetig ab. Nun geht es vielmehr darum, dass die Nachkommen die Erinnerung an die Gefallenen hochhalten. Dazu hatten drei befreundete Journalisten aus der Stadt Tomsk eine Idee: Sie initiierten das »Unsterbliche Regiment« (bessmertnyj polk), das den zeremoniellen Elementen der Feierlichkeiten einen persönlichen Aspekt verleiht. Bürgerinnen und Bürger sollten als Teil des Umzugs zum 9. Mai vergrößerte Fotos ihrer im Zweiten Weltkrieg gestorbenen Angehörigen durch die Stadt tragen. Dies sollte eine Möglichkeit darstellen, Mitglieder der eigenen Familie zu ehren und einen persönlichen Bezug zu dem

Feiertag herzustellen. Die Idee wurde vielerorts in Russland und sogar im Ausland aufgegriffen.⁵¹

Der Staat bemächtigt sich der Geschichte, um ihrer in staatlich gelenkten Veranstaltungen entsprechend seiner Geschichtspolitik zu gedenken.

Seit 2015 nehmen Wladimir Putin und andere hochrangige russische Politikerinnen und Politiker am »Unsterblichen Regiment« teil. Dadurch wird die Initiative immer mehr von einem gesellschaftlichen zu einem politischen Phänomen. Öffentliche Schulen organisieren ihre eigenen »Regimenter«, die zumindest teilweise verpflichtend sind.⁵² Berichten zufolge ist es vorgekommen, dass Bürgerinnen und Bürgern Fotos gegeben wurden, mit denen sie durch die Straßen marschieren sollten, ohne die abgebildeten Personen zu kennen bzw. einen Bezug zu ihnen zu haben. Deswegen meinen kritische Stimmen, hier sei eine »Graswurzel-Initiative« von der herrschenden Elite kooptiert und in ihren Zielen verzerrt worden. Der ehemalige Duma-Abgeordnete Igor Yakovenko sagte etwa:

»Das Unsterbliche Regiment war vom Moment seiner Geburt an verurteilt [...]. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Obrigkeit eine unabhängige Graswurzel-Bewegung tolerieren würde, die einen nationalen und gar internationalen Charakter annahm, war gleich null. Die Transformation einer Graswurzel-Initiative in ein staatliches Ritual und einen Bestandteil des quasireligiösen Kultes des »Sieges« hat bereits 2014 begonnen [...]. Das war das Ende der menschlichen Erzählung des Unsterb-

49 Pjotr Sauer/Evan Gershkovich, »Coronavirus Is Just Getting Started in Some Russian Regions. Their WWII [World War II] Parades Are Going Ahead«, in: *The Moscow Times*, 17.6.2020, <<https://www.themoscowtimes.com/2020/06/17/coronavirus-is-just-getting-started-in-some-russian-regions-their-wwii-parades-are-going-ahead-a70596>> (Zugriff am 24.10.2020).

50 Darja Pantschuk, »Gosti pri Parade, kto iz mirovyh politikov posetit Moskvu w den pobedy« [Gäste bei der Parade. Wer unter den internationalen Politikern Moskau am Tag des Sieges besucht], in: *360°*, 8.5.2018, <<https://360tv.ru/news/tekst/gosti-pri-parade/>> (Zugriff am 24.10.2020).

51 Für eine Untersuchung der Entwicklung des »Unsterblichen Regiments« in den ersten Jahren seines Bestehens siehe Azat Bilalutdinov, »Die Gedenkinitiative »Unsterbliches Regiment« zwischen Gesellschaft und Politik«, in: Mischka Gabowitsch et al. (Hg.), *Kriegsgedenken als Event. Der 9. Mai 2015 im postsozialistischen Europa*, Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2017, S. 126–140.

52 Aleksandr Litoi/Robert Coalson, »Russian Student Resists Order to Join Immortal Regiment March«, *Radio Free Europe (RFE)/Radio Liberty (RL)*, 24.4.2018, <<https://www.rferl.org/a/russia-student-resists-order-to-join-immortal-regiment-march/29189034.html>> (Zugriff am 24.10.2020).

lichen Regiments und der Anfang der Erzählung eines staatlichen ritualisierten Kultes.«⁵³

Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, wie sich der Staat der Geschichte bemächtigt, um ihrer in staatlich gelenkten Veranstaltungen entsprechend seiner Geschichtspolitik zu gedenken.⁵⁴

Der populärwissenschaftliche Autor Nikolaj Starikow hat auf eine Gefahr von Ritualen wie dem des »Unsterblichen Regiments« hingewiesen, die besteht, wenn man es aus der Perspektive des Staates betrachtet. Seiner Ansicht nach werde man, indem man der Gefallenen gedenkt, zunehmend dazu übergehen, den Tag des Sieges als Trauertag zu behandeln. Das würde bedeuten, »nur einen halben Schritt davon entfernt [zu sein], Fragen zu stellen wie ›Haben wir diesen Krieg wirklich gebraucht?‹«. Starikow aufgreifend, geht der Analyst Ivan Davydov einen Schritt weiter und charakterisiert das »Unsterbliche Regiment« als »eine Reflexion über Russlands furchtbares zwanzigstes Jahrhundert und eine Debatte zwischen zwei Lehren des Krieges: ›Nie wieder‹ und ›Wir können es wiederholen‹. ›Wir können es wiederholen‹ ist das, was der Staat braucht, und der Grund für diese Paraden. Aber die Tatsache, dass [manche] Leute noch klar sagen ›Nie wieder‹, weckt etwas Optimismus.«⁵⁵ Dies deutet auf eine Kluft zwischen der vorherrschenden Einstellung in der Bevölkerung und derjenigen in der Führung hin.

53 Svetlana Prokopenko, »Russia's Immortal Regiment: From Grassroots to ›Quasi-Religious Cult‹«, *RFE/RL*, 12.5.2017, <<https://www.rferl.org/a/russia-immortal-regiment-grassroots-to-quasi-religious-cult/28482905.html>> (Zugriff am 24.10.2020).

54 Ivan Kurilla weist darauf hin, dass der Fernsehkanal Tomsk 2, bei dem die drei Journalisten gearbeitet haben, 2015 seine Lizenz verloren hat. So wird eine potentiell oppositionelle bzw. eine lediglich alternative Stimme zum Schweigen gebracht, die nicht einmal eine tragende Rolle bei der Initiative gespielt hat und für die Geschichtspolitik höchstens ein Randgebiet ihrer Tätigkeit darstellte. Kurilla, *History and Memory in Russia* [wie Fn. 25]; Claudia Shute, »Melani Bachina's ›Death of a Station‹ Tells Story of Russian Media through Lens of Tomsk-2«, *RFE/RL*, 6.3.2019, <<https://pressroom.rferl.org/a/melani-bachinas-death-of-a-station-tells-story-of-russian-media-through-lens-of-tomsk-2/29807019.html>> (Zugriff am 24.10.2020).

55 Ivan Davydov, *History Unvarnished: In Search of Alternative Russian Heroes*, Moskau: Carnegie Moscow Center, 23.12.2016, <<http://carnegie.ru/commentary/?fa=66542>> (Zugriff am 24.10.2020).

Indem Russland als Siegernation präsentiert wird, werden positive Assoziationen mit dem heutigen Regime erzeugt.

Gleichzeitig lässt Davydovs Analyse auf eine Verbindung zwischen dem heutigen Ausbau der militärischen Kapazitäten des Landes und einer Geschichtsdeutung schließen, die Russlands Fähigkeit zu siegen hervorhebt. Diese Fähigkeit kann man allerdings nur demonstrieren, wenn man in Kämpfe involviert ist. Folglich ist es notwendig, russische Fähigkeiten in realen Kämpfen zu testen, wie dies in Syrien möglich gewesen ist, und durch gut darstellbare Siege der Bevölkerung die sich fortsetzende Stärke Russlands zu vermitteln. Indem also Russland als Siegernation präsentiert und die Bevölkerung für diese Idee begeistert wird, werden positive Assoziationen mit dem heutigen Regime erzeugt. Freilich wird dadurch gleichermaßen Druck aufgebaut, die Reihe der Siege aufrechtzuerhalten und durch neue zu ergänzen.

Die Planungen für die Feierlichkeiten zum 75. Jahrestag des Sieges im Jahr 2020 begannen früh. Am 1. Dezember 2018 hat der damalige Premierminister Dmitrij Medwedew ein Dekret unterzeichnet, das außer der traditionellen Militärparade auf dem Roten Platz noch weitere 115 Maßnahmen zur Feier des Sieges vorsah. Der Kulturminister schlug unter anderem vor, eine Art Öffentlichkeitskommission ins Leben zu rufen, die die verschiedenen Pläne einem breiteren Publikum bekannt machen sollte, »da die Veranstaltungen in ihrem Ausmaß präzedenzlos sein werden«. Außerdem hatte er die Idee, einen Film über die Rolle der Sowjetunion bei den Nürnberger Prozessen drehen zu lassen. Putin griff beide Vorschläge positiv auf und regte eine staatliche Finanzierung an. Zur Begründung des Maßnahmenkomplexes sagte er: »Weil die Erinnerung daran, was in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges passiert ist, unsere Gesellschaft vereinen und unseren Staat stärken soll für die kommenden Zeiten«⁵⁶ – ein Hinweis darauf, dass der Umgang mit der Kriegsthematik für die jetzi-

56 »Putin: Pamjat' o Velikoj Otječestvennoj Woinje dolžna splačiwat' obščestvo« [Putin: Die Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg sollte die Gesellschaft vereinen], *Sputnik Belarus*, 12.12.2018, <<https://sputnik.by/politics/20181212/1039119354/Putin-pamyat-o-Velikoy-Otečestvennoj-voyne-dolzhna-splachivat-obschestvo.html>> (Zugriff am 24.10.2020).

gen Machthaber in erster Linie innenpolitische und gesellschaftliche Funktionen erfüllt.

»Falsifizierung der Geschichte«

Die Beharrlichkeit, mit der die russische Führung an ihrer Version des Zweiten Weltkriegs festhält, zeigt sich insbesondere bei den Versuchen, einer »Falsifizierung der Geschichte« entgegenzuwirken. Diese Versuche konzentrieren sich vor allem auf die Deutung des Krieges in all seinen Aspekten: wer für den Kriegsausbruch die Verantwortung trägt, die Interpretation des Hitler-Stalin-Pakts, das Verhalten der unterschiedlichen Staaten während des Krieges, die mit ihm einhergehenden Verluste usw. 2009 wurde eine »Kommission des Widerstands gegen Versuche einer Falsifizierung der Geschichte zum Schaden der Interessen Russlands« geschaffen, angesiedelt beim russischen Präsidenten. Zwar waren die Arbeitsergebnisse dieser Kommission, die 2012 aufgelöst wurde, nicht von erheblicher Bedeutung. Der Zeitpunkt ihrer Gründung sowie die Themen, mit denen sie sich beschäftigt hat, weisen aber darauf hin, dass es der Führung hauptsächlich darum ging, ihre Version der Entwicklung des Zweiten Weltkriegs gegen andere Deutungen zu verteidigen. Die Notwendigkeit einer solchen Kommission dürfte ausgerechnet 2009 gesehen worden sein, weil sich in diesem Jahr die Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Pakts zum 70. Mal jährte. In Russland wurde damals erwartet, dass das Ausland verstärkt versuchen würde, die russische Interpretation dieses Pakts in Frage zu stellen.

Wer die offizielle russische Interpretation des Zweiten Weltkriegs hinterfragt, wird diskreditiert – auch ausländische Akteure wie zuletzt Polen.

Die Rede Wladimir Putins beim Gipfeltreffen der GUS-Staaten im Dezember 2019 demonstriert das weiterhin ausgeprägte Bedürfnis, die russische Darstellung des Molotow-Ribbentrop-Pakts wie des gesamten Zweiten Weltkriegs gegen andere Interpretationen durchzusetzen. Putin widmete einen Großteil seiner Rede vor den Staats- und Regierungschefs der GUS-Staaten dieser Thematik und ließ sogar eine Ausstellung der von ihm erwähnten historischen

Dokumente vorbereiten, so dass die anderen Gipfelteilnehmer sich damit vertraut machen konnten.⁵⁷

Auch Grundsatzdokumente werden herangezogen, um einer möglichen Falsifizierung entgegenzutreten bzw. um die herrschende Linie zu verankern. Im außenpolitischen Konzept von 2013 steht zum Beispiel unter den Aufgaben Russlands: »Versuche, die Geschichte umzuschreiben [...] und sie zur Stärkung der Konfrontation und [des] Revanchismus in der Weltpolitik zu nutzen, [sowie Versuche,] die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu revidieren[,] [sind] drastisch [zu] bekämpfen.«⁵⁸ Dies zeigt, dass die russische Führung nicht nur innerhalb des Landes Versuche erwartet, ihre Version der Geschichte und insbesondere des GVK zu hinterfragen, sondern auch vonseiten externer Akteure. Indem die Führung gegen solche Versuche vorgeht, gebraucht sie vermeintliche historische Sachverhalte, um ausländische Akteure zu diskreditieren. Diese Taktik wendet sie seit Ende 2019 vor allem auf Polen an.⁵⁹

2014 wurde ein Gesetzentwurf wieder aufgegriffen, der die »Rehabilitierung des Nazismus« verbietet. Verabschiedet im April 2014, kriminalisiert das Gesetz etwa die Verbreitung von »wissentlich falscher Information über die Tätigkeiten der UdSSR während des Zweiten Weltkriegs« (wobei staatliche Stellen entscheiden, was als »richtig« bzw. »falsch« gilt). Eingebracht wurde es ursprünglich 2009 von mehreren Autorinnen und Autoren, unter ihnen Irina Jarowaja (siehe S. 32) und Wladimir Medinskij, damals Abgeordneter der Partei »Einiges Russland«. Etliche Beobachterinnen und Beobachter haben darauf hingewiesen, dass ein solches Gesetz, zusammen mit dem wachsenden Kult um den Großen Vaterländischen Krieg, es sehr schwierig machen würde, seriöse Forschung über diesen Abschnitt der russischen bzw.

57 Sergey Radchenko, »Vladimir Putin Wants to Rewrite the History of World War II«, in: *Foreign Policy*, 21.1.2020, <<https://foreignpolicy.com/2020/01/21/vladimir-putin-wants-to-rewrite-the-history-of-world-war-ii/>> (Zugriff am 25.10.2020).

58 Hervorhebung der Autorin. The Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, »Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation«, 18.2.2013, <https://www.mid.ru/en/foreign_policy/official_documents/-/asset_publisher/CptlCk6B6BZ29/content/id/122186?p_p_id=101_INSTANCE_CptlCk6B6BZ29&_101_INSTANCE_CptlCk6B6BZ29_languageId=de_DE> (Zugriff am 25.10.2020).

59 Siehe zum Beispiel Wladimir Putin, »The Real Lessons« [wie Fn. 43].

sowjetischen Geschichte zu betreiben.⁶⁰ Unter ihnen war die Freie Historische Gesellschaft (FHG, siehe Anhang, S. 37ff), die sich in einem Brief mit mehreren Kritikpunkten an den Präsidenten des Landes sowie an den Föderationsrat und die Staatsduma gewandt hat.⁶¹

Schließlich wurde im Frühjahr 2020 ein neuer Passus in der russischen Verfassung verankert, der sich mit der »Falsifizierung der Geschichte« im breiteren Sinne beschäftigt. Der Wortlaut ist folgender: »Die Russische Föderation ehrt die Erinnerung an die Verteidiger des Vaterlandes, verteidigt die historische Wahrheit. Es ist nicht erlaubt, die Bedeutung der Heldentaten des Volkes bei der Verteidigung des Vaterlandes zu schmälern.«⁶² Diese Verfassungsänderung wurde zusammen mit zahlreichen anderen in einem unter zweifelhaften Umständen durchgeführten Plebiszit im Sommer 2020 gutgeheißen, laut den offiziellen Ergebnissen von 78 Prozent der Wählerinnen und Wähler.⁶³

Das Beispiel der Panfilowzy zeigt, dass nützliche Legenden für Mitglieder der russischen Führung mehr Gewicht haben als die Wahrheit bzw. die Wissenschaft.

Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die »Falsifizierung der Geschichte« ist der Fall der soge-

nannten Panfilowzy bezeichnend. Seit Jahrzehnten wird eine Legende propagiert, nach der im November 1941 eine Gruppe von 28 sowjetischen Soldaten bei der Verteidigung Moskaus heldenhaften Widerstand gegen Panzertruppen der deutschen Wehrmacht geleistet habe. Diese Legende entstammt zwei Artikeln aus der Zeitung *Krasnaja Swesda* vom November 1941 bzw. Januar 1942. Angeblich schaffte es einer der 28 Soldaten, den Journalisten dieser Zeitung über die heldenhaften Taten zu berichten; kurz darauf sei er gestorben, wie alle anderen 27 vor ihm. Im Juni 2015 trat der Leiter des russischen Staatsarchivs, Sergej Mironenko, an die Öffentlichkeit mit der Information, die Geschichte sei erfunden. Als Beleg dafür wurde ein Dokument aus dem Jahr 1948 publik gemacht, in dem der damalige Militärstaatsanwalt bestätigt, dass mindestens vier der sogenannten Panfilowzy überlebt und einer sogar für das nationalsozialistische Regime in Deutschland gearbeitet habe. Kulturminister Medinskij hat Mironenko für seinen öffentlichen Auftritt heftig kritisiert, im März 2016 hat Letzterer seinen Posten verlassen.⁶⁴

Obwohl es inzwischen mehrere zugängliche Belege dafür gibt, dass die Geschichte des Journalisten der *Krasnaja Swesda* erfunden war, behauptete Medinskij im Dezember 2018, nun seien neue Dokumente aufgetaucht, die bewiesen, dass die Legende zu großen Teilen doch stimme. Den Bericht des Militärstaatsanwalts lehnt er deswegen ab, weil er erst sieben Jahre nach den Ereignissen verfasst worden ist. Stattdessen stützt er sich auf Dokumente, die Mitglieder der Russischen Militärhistorischen Gesellschaft nach zwei Jahren Suche im Staatsarchiv gefunden hätten.

Medinskij's Version wurde also bestätigt durch eine Organisation, die nicht nur als regimenah gilt (siehe Anhang, S. 37ff), sondern der Medinskij selbst vorsteht. Die angeblich entdeckten Dokumente erzählen detailreich über die »28 Helden«, obgleich Medinskij in einem Zeitungsartikel postuliert:

»Was den ›Kampf der 28 in der Nähe von Dubosekow‹ unmittelbar betrifft, handelt es sich um eine legendäre Geschichte, die eine wahre Geschichte geworden ist, es ist schwierig, ihre Details herauszufinden, und amoralisch, in ihnen herumzuwühlen. Diese Leute sind ehrlich für ihr Vaterland

⁶⁴ Angeblich tat Mironenko dies aus eigener Initiative und blieb wissenschaftlicher Direktor des Archivs, aber viele haben seine Herabstufung als direkte Folge seiner Widerlegung der Panfilow-Legende interpretiert.

⁶⁰ Ivan Kurilla, *The Implications of Russia's Law against the »Rehabilitation of Nazism«*, Washington, D. C.: IERES, August 2014 (PONARS Eurasia Policy Memo Nr. 331), <http://www.ponarseurasia.org/sites/default/files/policy-memos-pdf/Pepm331_Kurilla_August2014_0.pdf>; Boris Kerzhentsev, »Son nacii: počemu w Rossii tak ljubjat perepisywat' istoriju« [Traum der Nation: Warum man in Russland so gern die Geschichte umschreibt], in: *Nowyje Izwestija*, 20.9.2018, <<https://newizv.ru/article/general/20-09-2018/son-natsii-pochemu-v-rossii-tak-lyubjat-perepisyvat-istoriju>> (Zugriff jeweils am 25.10.2020).

⁶¹ »Obrašćenije členow Wol'nogo istoričeskogo obščestwa k Prezidentu, Sowjetu Federacii, Gosdume RF« [Aufruf von Mitgliedern der Freien Historischen Gesellschaft an den Präsidenten, den Föderationsrat, die Staatsduma der Russischen Föderation], *Polit.ru*, 28.4.2014, <https://polit.ru/article/2014/04/28/vio_280414/> (Zugriff am 25.10.2020).

⁶² »Konstitucija Rossijskoj Federacii« [wie Fn. 10].

⁶³ Matthew Luxmoore, »Election Monitors Find ›Unprecedented‹ Levels of Fraud in Russian Vote on Extending Putin's Rule«, *RFE/RL*, 3.7.2020, <<https://www.rferl.org/a/election-monitors-find-unprecedented-levels-of-fraud-in-russian-vote-on-extending-putin-s-rule/30704791.html>> (Zugriff am 25.10.2020).

gestorben. Das ist wichtiger als alle möglichen kreativen Verallgemeinerungen und selbst, vielleicht, Übertreibungen. Oder Untertreibungen.«⁶⁵

Und er fügt hinzu: »Auf dem Beispiel und den Namen dieser zivilen Heiligen ruht unsere nationale Identität, im Großen und Ganzen die zivile und historische Einheit des Landes.«⁶⁶ Das heißt, Legenden haben für den Kulturminister mehr Gewicht als die Wahrheit bzw. als die Geschichtswissenschaft, denn sie sichern die Einheit des Landes. Hier scheint wieder die Absicht durch, sich (manipulierter) historischer Sachverhalte für die Konsolidierung der Gesellschaft um patriotische Ideen zu bedienen.

Ein relevantes Detail für die Beurteilung dieses Falles besteht darin, dass Medinskij als Historiker diskreditiert ist, da seine Habilitationsschrift von der Fachgemeinschaft der Historikerinnen und Historiker aufgrund ihrer mangelnden Wissenschaftlichkeit nachträglich abgelehnt wurde. Auf einen Antrag von drei russischen Wissenschaftlern hin hat der »Expertenrat« des Fachs Geschichte der Obersten Attestationskommission (VAK) die Arbeit abgewiesen.⁶⁷ Das Präsidium der VAK hat Medinskij's akademischen Titel dennoch bestätigt, auch wenn die beiden Historiker im Präsidium dagegen gestimmt haben.⁶⁸ Dass nur sein hoher Posten und seine Beziehungen den Kulturminister davor bewahrt haben, seinen Titel aberkannt zu bekommen, erscheint plausibel.

Auf jeden Fall wirkt die herrschende Elite (hier in der Person Medinskij's) nicht bereit, Tatsachen zu akzeptieren, die die offizielle Interpretation historischer Sachverhalte in Frage stellen oder gar konterkarieren. Insbesondere im Hinblick auf die Thematik des GVK werden Abweichungen von der staatlich vorgegebenen Version der Geschichte nicht toleriert bzw. sogar bestraft. Nicht nur das – solche Abweichungen werden mit staatlichen Mitteln bekämpft

65 Wladimir Medinskij, »Budut žit' 28. Nowoje o podwige gerojew-panfilowcew« [Die 28 werden leben. Neues über die Heldentat der Panfilowzy], in: *Rossijskaja Gazeta*, 2.12.2018, <<https://rg.ru/2018/12/02/medinskij-nazval-sensaciej-novye-dokumenty-o-geroiah-panfilowcah.html>> (Zugriff am 25.10.2020).

66 Ebd.

67 Die VAK untersteht dem Ministerium für Hochschulbildung und Wissenschaft und ist für die offizielle Verleihung bzw. Aberkennung akademischer Titel (Promotion und Habilitation) zuständig.

68 Einer von ihnen war Sergej Mironenko, zu dem Zeitpunkt noch Direktor des Staatsarchivs.

und in ihr Gegenteil verkehrt, etwa mithilfe von Government-organized non-governmental organizations (GONGOs) oder durch Diskreditierung unbequemer Personen. So entsteht eine Situation, in der die russischen Machthaber auf der einen Seite selbst Geschichte falsifizieren, auf der anderen Seite gegen angebliche Falsifizierungsversuche vorgehen.

Ein weiteres wichtiges Thema in Verbindung mit der Falsifizierung der Geschichte stellt der Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 dar. 2015 verteidigte Putin die Notwendigkeit des Pakts, indem er behauptete, die westlichen Staaten hätten sich geweigert, ein Bündnis mit Russland gegen Nazi-Deutschland einzugehen. Der deutsche Historiker Joachim von Puttkamer deutete diese Positionierung Putins als »Rückzug in ein Geschichtsverständnis der trotzigem Abgrenzung. Und mehr noch: Es schwang auch eine Drohung darin mit – dass Russland sein Sicherheitsbedürfnis auch heute auf Kosten seiner Nachbarn befriedigen könnte.«⁶⁹

Die Aussagen Putins zum Hitler-Stalin-Pakt sind auch deswegen interessant, weil sie seine Bereitschaft zeigen, in Fragen der Geschichtsdeutung seine Position zu ändern, falls dies politisch opportun erscheint. 2009 nannte Putin den Hitler-Stalin-Pakt »moralisch verwerflich«, 2014 rechtfertigte er ihn als notwendig, um einen Zweifrontenkrieg zu vermeiden.⁷¹ Außerdem hätten auch andere Staaten mit Nazi-Deutschland paktiert, so Putin, der insinuierte, dass Polen für seine Teilung selbst Verantwortung trage.⁷²

2019 wurde dieser Diskurs wesentlich pointierter und akuter, unter anderem in Putins Rede beim informellen GUS-Gipfel (siehe S. 26). Dies und weitere Aussagen lösten auf der polnischen Seite einen Sturm

69 Joachim von Puttkamer, »Doppelt gezeichnet«, in: *Zeit online*, 16.10.2015, <<https://www.zeit.de/zeit-geschichte/2015/03/hitler-stalin-pakt-besatzung-osteuropa-polen-baltikum/komplettansicht>> (Zugriff am 25.10.2020).

70 Michael Ludwig/Konrad Schuller, »Putin verurteilt den Hitler-Stalin-Pakt«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1.9.2009, <<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/russisch-polnische-beziehungen-putin-verurteilt-den-hitler-stalin-pakt-1845285.html>> (Zugriff am 24.10.2020).

71 Putin, »The Real Lessons« [wie Fn. 43].

72 Włodzimierz Borodziej, »Die Sache mit dem Zusatzprotokoll«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 17.11.2014, <<https://www.nzz.ch/feuilleton/die-sache-mit-dem-zusatzprotokoll-1.18426073>> (Zugriff am 25.10.2020). Diese Argumentation wurde in Putins Rede beim informellen GUS-Gipfel am 20. Dezember 2019 erheblich ausgebaut (s. Fn. 57).

der Entrüstung aus.⁷³ Putin nahm also eine Verschlechterung der Beziehungen zu Polen in Kauf bzw. führte sie sogar durch sein Verhalten herbei. Damit setzt er eine Politik fort, bei der russische Entscheidungsträger schon seit längerem versuchen, Polen und einige andere ostmitteleuropäische EU-Mitgliedstaaten zu diskreditieren. Das geschieht aus mehreren Gründen, zum Beispiel um Differenzen innerhalb der EU zu vertiefen und um die volle Souveränität dieser Staaten in Frage zu stellen. Von daher sind derartige verbale Angriffe auf Polen, das in der EU eine sehr russlandkritische Position einnimmt, aus offizieller russischer Sicht nur folgerichtig und kohärent.

Der Geschichtswissenschaft werden Steine in den Weg gelegt, in der Schule wird zunehmend nur die von offizieller Seite vertretene Geschichtsdeutung gelehrt.

Für russische Historikerinnen und Historiker ist es schwierig, solche Themen angemessen zu bearbeiten, da Putin und die Militärführung sich einer Öffnung der Militärarchive aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs widersetzen.⁷⁴ Damit stellen sie sicher, dass es nur bedingt möglich ist, die offizielle Version der Geschichte anzufechten. Demnach ist die russische Führung nicht an einer transparenten Aufarbeitung der Geschichte interessiert, sondern an einem Umfeld, in dem sie ihre Deutung historischer Ereignisse durchsetzen kann. Hierzu passt, dass Putin im April 2016 die Föderale Archivagentur (Rosarchiv) per Dekret dem Präsidenten (sprich: sich selbst) direkt unterstellt hat.⁷⁵

Um ein solches Umfeld zu etablieren, hilft es, wenn man den Inhalt der Geschichtslehrbücher kontrollieren kann. So kann sichergestellt werden, dass jedes Schulkind die von offizieller Seite vertretene Geschichtsdeutung aufnimmt. Das ist bereits heute gewährleistet, weil das Bildungsministerium Lehrbücher genehmigen muss, bevor sie in den öffentlichen Schulen des Landes eingesetzt werden

können. 2014 ist die Anzahl der Verlage reduziert worden, deren Lehrwerke in den Genuss einer solchen Genehmigung gekommen sind. Das hatte allerdings nicht nur ideologische (Hinter-)Gründe, sondern diente auch den materiellen Interessen bestimmter, Putin nahestehender Geschäftsmänner.⁷⁶ Dennoch erleichtert es die Sache, wenn weniger Verlage zu kontrollieren sind bzw. wenn diese befreundeten Personen gehören. Auf diese Weise kann man sich leichter über den Inhalt einig werden.

Putin äußerte sogar mehrmals die Idee, ein einziges Geschichtslehrbuch erarbeiten zu lassen, das alle anderen ersetzt und die offizielle Version der russischen bzw. sowjetischen Geschichte wiedergeben würde. Obgleich ein solches Lehrbuch 2013 angekündigt wurde, sind zurzeit immer noch mehrere Geschichtsbücher für die Schulen zugelassen. In einem von ihnen, vom Verlag »Prosweschtschenie« (Aufklärung) herausgegeben und vom Bildungsministerium ausdrücklich empfohlen, unterscheiden die Autoren zwischen dem Zweiten Weltkrieg, der am 1. September 1939 mit dem deutschen Überfall auf Polen begann, und dem »Großen Vaterländischen Krieg«, an dem auch die UdSSR beteiligt gewesen ist. Dieser begann laut dem Lehrbuch am 22. Juni 1941, als die deutsche Armee sowjetisches Territorium betrat und sowjetische Truppen angriff.⁷⁷

Das Lehrbuch erwähnt sowohl den Hitler-Stalin-Pakt als auch das geheime Zusatzprotokoll, das Europa in deutsche und sowjetische Einflusssphären aufteilte. Es stellt den Pakt als notwendig dar, um Zeit zu gewinnen mit dem Ziel, die Verteidigungsfähigkeit des Landes zu erhöhen. Außerdem behaupten die Autoren, dass die Briten die Unterzeichnung eines möglichen Vertrags mit Frankreich und der Sowjetunion hinausgezögert hätten und dass Polen sich geweigert habe, einen Korridor für sowjetische Truppen bereitzustellen, falls diese Polen durchqueren müssten, um die deutsche Wehrmacht angreifen zu können. So wird impliziert, die UdSSR

⁷³ Shaun Walker, »Polish PM [Prime Minister] Furious at Putin Rewriting History of Second World War«, in: *The Guardian*, 30.12.2019, <<https://www.theguardian.com/world/2019/dec/30/polish-pm-furious-at-putin-rewriting-history-of-second-world-war>> (Zugriff am 25.10.2020).

⁷⁴ Ivo Mijnsen, »Putin, Stalin und die Polen«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 7.11.2014, <<https://www.nzz.ch/international/putin-stalin-und-die-polen-1.18420745>> (Zugriff am 25.10.2020).

⁷⁵ Persson, »The Patriotic Great Power« [wie Fn. 8].

⁷⁶ Susan Stewart, *Grundeinstellungen der russischen politischen Elite. Recht, Wahrheit, Gemeinwohl und Gewalt*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2017 (SWP-Studie 5/2017), S. 27.

⁷⁷ Dieses Lehrbuch ist in führenden Buchhandlungen erhältlich. Diese Tatsache sowie die klare Empfehlung vom Bildungsministerium und die Nähe der Verlagsbesitzer zu Putin berechtigen zu der Annahme, dass es in vielen russischen Schulen verwendet wird.

hätte kaum eine andere Option gehabt, als eine Vereinbarung mit Nazi-Deutschland zu treffen.⁷⁸

Insgesamt betrachtet werden zahlreiche Mittel eingesetzt, nicht nur um gegen eine »Falsifizierung der Geschichte« (aus Sicht von Regimevertretern und -vertreterinnen) vorzugehen, sondern auch um die dem Regime genehme Darstellung geschichtlicher Ereignisse zu vermitteln. Die russische Führung wehrt sich sowohl gegen andere, wenig vorteilhafte Interpretationen, die von außerhalb Russlands kommen, als auch gegen oppositionelle Stimmen im eigenen Land. Es werden also gleichzeitig außen- und innenpolitische Funktionen erfüllt, indem man ausländische Akteure diskreditiert und die interne Opposition bekämpft.

Einstellungen zu Josef Stalin

Der Umgang mit dem GVK ist verknüpft mit der heutigen offiziellen Einstellung zum Diktator Josef Stalin. Diese bleibt zwar ambivalent, aber in den letzten Jahren ist eine Tendenz erkennbar, die positiven Aspekte des stalinistischen Regimes zu betonen und die negativen herunterzuspielen. Dies sieht man unter anderem in den Geschichtslehrbüchern, in denen die Fähigkeiten Stalins als effektiver Manager und Kriegsgewinner hervorgehoben werden. Putin und andere hochrangige russische Politikerinnen und Politiker sind in der Regel vorsichtig und führen positive wie negative Aspekte von Stalins Art zu regieren auf. Allerdings zeigen sie sich nicht besorgt darüber, dass Stalin in der Gesellschaft in den letzten Jahren wieder an Ansehen gewonnen hat. 2019 wurde ein neuer Rekord erreicht: 70 Prozent der Befragten beurteilten Stalins Rolle in der Geschichte positiv.⁷⁹

Putins Aussagen zu Stalin sind nicht eindeutig. Zwar lässt er nicht unerwähnt, dass Stalins Name mit Massenrepressionen und Rechtsbrüchen verbunden ist, geht aber auch auf die vermeintlichen Erfolge des Diktators im Bereich Industrialisierung ein sowie

auf den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg.⁸⁰ Olga Wasiljewa, Bildungsministerin von 2016 bis 2020, hat sich ebenfalls mehrdeutig zur Figur Stalin geäußert. Unter anderem verweist sie auf seine Toleranz gegenüber der Russischen Orthodoxen Kirche während des Zweiten Weltkriegs, notiert jedoch auch, dass diese Haltung hauptsächlich außenpolitische Gründe hatte.⁸¹

Auch wenn führende Politiker sich mehrdeutig zu Stalin äußern, ist dessen schleichende Rehabilitierung zu beobachten sowie Versuche, seine Verbrechen zu verharmlosen.

Beobachterinnen und Beobachter sehen eine schleichende Rehabilitierung Stalins, die sich zum Beispiel in der wachsenden Zahl von Stalin-Denkmalern auf staatlichem Gelände in der russischen Provinz manifestiert.⁸² Der Rat des Präsidenten für Zivilgesellschaft und Menschenrechte hat sich zwar dagegen ausgesprochen, kann aber nur Empfehlungen abgeben.⁸³

80 »Putin o Staline« [Putin über Stalin], *YouTube*, 2.5.2011, <[https://www.youtube.com/watch?v=B5W3TYEx-og](https://www.youtube.com/watch?v=B5W3TYEx-og;)>; »Putin rasskazal o swojem otnošenii k Stalinu« [Putin sprach über seine Haltung zu Stalin], *RIA Novosti*, 16.6.2017, <<https://ria.ru/20170616/1496623625.html>> (Zugriff jeweils am 25.10.2020).

81 Laut Wasiljewa ging es Stalin darum, dem sich ausbreitenden Einfluss der katholischen Kirche etwas entgegenzusetzen. Siehe Aleksandr Milkus, »Izvestnyj istorik Olga Vasilyeva ob"jasnila, počemu vo vremja vojny Stalin pošel na sotrudničestvo s RPC« [Die berühmte Historikerin Olga Vasilyeva erklärte, warum Stalin während des Krieges mit der russisch-orthodoxen Kirche zusammenarbeitete], in: *Komsomolskaja Pravda*, 22.6.2019, <<https://www.kp.ru/online/news/3515132/>> (Zugriff am 25.10.2020).

82 »Russian Presidential Rights Council Rejects Stalin Monuments on State Property«, *RFE/RL*, 12.7.2019, <<https://www.rferl.org/a/russian-presidential-rights-council-rejects-stalin-monuments-on-state-property/30052172.html>> (Zugriff am 25.10.2020).

83 Seitdem wurde nicht nur der Vorsitzende dieses Rates, Michail Fedotow, ausgetauscht, sondern auch einige der kritisch eingestellten Mitglieder. Die vom neuen Vorsitzenden angekündigten Schwerpunkte zeigen, dass eine Auseinandersetzung mit historischen Themen bzw. mit der Rolle Stalins unwahrscheinlich ist. Siehe Matthew Luxmoore, »Critics Warn of a Backslide after Putin Reshuffles Human Rights Council«, *RFE/RL*, 22.10.2019, <<https://www.rferl.org/a/critics-warn-of-a-backslide-after-putin-reshuffles-human-rights-council/30230912.html>> (Zugriff am 25.10.2020).

78 Es handelt sich um ein Geschichtslehrbuch für die 10. Klasse: Gorinov et al., *Istorija Rossii* [Geschichte Russlands], Teil 1 [wie Fn. 39], S. 171 – 172.

79 Kiril Egorov, »Uroven odobrenija Stalina v Rossii preodolel istoričeskij maksimum« [Die Zustimmung zu Stalin in Russland hat das historische Hoch überschritten], *URA.ru*, 16.4.2019, <<https://ura.news/news/1052381065>> (Zugriff am 24.10.2020).

Wichtiger ist die Rolle der Nichtregierungsorganisation (NGO) »Memorial«, die bereits seit Ende der 1980er Jahre versucht, durch eine Auseinandersetzung mit der sowjetischen Geschichte die russische Gesellschaft auf eine bessere Grundlage für die Zukunft zu stellen. Nicht nur hat »Memorial« ein riesiges Archiv von Erinnerungsstücken an die Repressionen und Morde der Stalinzeit aufgebaut, sondern auch die Initiative »Letzte Adresse« ins Leben gerufen. In deren Rahmen werden Gedenktafeln an Gebäuden angebracht, in denen Opfer des stalinistischen Terrors gewohnt haben. »Memorial« hat darüber hinaus wesentlich zum Projekt einer »Trauerwand« beigetragen, die im Oktober 2017 in Moskau fertiggestellt wurde. Es ist das erste Denkmal aus postsowjetischer Zeit, das der Opfer der Gewalt unter Stalin gedenkt. Putin hat an der Einweihungszeremonie teilgenommen, was viele Aktivistinnen und Aktivisten als zynischen Akt wahrgenommen haben, der von den repressiven Handlungen des heutigen Regimes ablenken sollte. Eine »Memorial«-Vertreterin sieht eine Verbindung zwischen der Auseinandersetzung mit der Stalinzeit und der (Un-)Fähigkeit Russlands, sich zu transformieren: »[I]n Russland, das ist für viele offensichtlich, wird die Rückkehr unseres Landes zur Demokratie unmöglich sein, solange wir es nicht schaffen, Stalin und das System, das er etabliert hat, zu verurteilen.«⁸⁴

Es gibt etliche Versuche, die Repressionen unter Stalin zu verharmlosen. Ein extremes Beispiel dafür ist die Verurteilung zweier Historiker, die Massengräber in Sandarmokh in Karelien entdeckt haben.⁸⁵ Einer von ihnen, Sergej Koltyrin, wurde 2019 wegen Pädophilie zu 9 Jahren Haft verurteilt – ein Verbrechen, das nicht nur Abscheu in der Gesellschaft weckt, sondern auch erlaubt, das Gerichtsverfahren nicht öffentlich stattfinden zu lassen, um die minderjährigen Opfer zu schützen. Der andere, Jurij Dmitriew, ist von »Memorial« als politischer Gefangener an-

erkannt worden.⁸⁶ Eine ursprüngliche Freisprechung Dmitriews durch ein Gericht auf Kommunalebene wurde vom Obersten Gericht Kareliens verworfen, das ihn im September 2020 zu 13 Jahren Haft wegen sexuellen Missbrauchs seiner Adoptivtochter verurteilt hat – ohne dass überzeugende Beweise seiner Schuld vorgelegen hätten.⁸⁷ Die Prozesse haben die lokale Legislative in Angst versetzt, so dass sie davon abgesehen hat, eine Debatte über die Gräber zu führen. Mittlerweile untersucht die Russische Militärhistorische Gesellschaft die Gräber, offenbar mit dem Ziel festzustellen, dass es sich nicht um Opfer stalinistischer Repressionen handelt, sondern um Personen, die von finnischen Einheiten umgebracht wurden.

Es ist klar, dass eine tiefergehende Auseinandersetzung mit Stalin und den von ihm verursachten Verbrechen den hohen Stellenwert des Sieges im GVK, den Putin und die russische Regierung für ihre Geschichtspolitik brauchen, in Frage stellen könnte. Die Entschlossenheit, das zu vermeiden, erklärt weitestgehend die zunehmende Tendenz, die negativen Seiten des Stalin-Regimes herunterzuspielen. Die Folge sind Repressionen gegenüber Personen und Organisationen, die diese Verbrechen in den Vordergrund stellen. Ferner wird eine ausgewogene Auseinandersetzung mit der sowjetischen Vergangenheit dadurch unmöglich und letzten Endes deren Bewältigung sowohl auf Ebene der Eliten wie der Gesellschaft verhindert.

Stellenwert der Leningrader Blockade

Auch die Behandlung der Leningrader Blockade offenbart einiges über den Umgang mit dem Großen Vaterländischen Krieg. Geschichtslehrbücher legen den Schwerpunkt auf heldenhafte Taten von Russinnen und Russen in jener Zeit, etwa die gefährliche Route über das Eis, die viele auf sich genommen haben, um Lebensmittel in die Stadt zu bringen oder Zivilistinnen und Zivilisten aus ihr herauszuholen. Es wird nicht verheimlicht, dass über eine Million Bürgerinnen und Bürger gestorben sind. In einem der

⁸⁴ Irina Sherbakova, »Vladimir Putin's Russia Is Rehabilitating Stalin. We Must Not Let It Happen«, in: *The Guardian*, 10.7.2019, <<https://www.theguardian.com/commentis-free/2019/jul/10/vladimir-putin-russia-rehabilitating-stalin-soviet-past>> (Zugriff am 25.10.2020).

⁸⁵ Halya Coynash, »Historian of the Soviet Terror Jailed for 9 Years in Russia«, Kharkiv Human Rights Protection Group (KHPG), 28.5.2019, <<http://khpg.org/en/index.php?id=1558991738>>; dies., »Telling the Truth about Stalin and the Great Terror Gets Historians Arrested in Russia«, KHPG, 29.1.2019, <<http://khpg.org/en/index.php?id=1548708963>> (Zugriff jeweils am 25.10.2020).

⁸⁶ Natalia Shkurenok, »The Historian Who Dug too Deep«, *OpenDemocracy*, 4.9.2017, <<https://www.opendemocracy.net/en/odr/yuri-dmitriev-sandarmoh/>> (Zugriff am 25.10.2020).

⁸⁷ Reuters, »Russian Court Jails Gulag Historian Yuri Dmitriev for 13 Years«, in: *The Guardian*, 29.9.2020, <<https://www.theguardian.com/world/2020/sep/29/russian-court-sentences-gulag-historian-yury-dmitriev-to-13-years-in-jail>> (Zugriff am 25.10.2020).

genehmigten Lehrbücher folgt allerdings auf diese Feststellung der Satz: »Aber die Stadt hat durchgehalten (ustojal) und der Mut ihrer Verteidiger hat dem ganzen sowjetischen Volk Zuversicht in den Sieg eingebracht.«⁸⁸ In den Lehrbüchern mit »vertieftem Niveau« für die 11. Klasse wird die Blockade als Heldentat (podvig) und Tragödie zugleich geschildert.⁸⁹

Kritik an Schlüsselereignissen des Zweiten Weltkriegs und an als heldenhaft wahrgenommenen Taten wird nicht akzeptiert.

Diese Beispiele machen deutlich, dass die Leningrader Blockade vor allem als Serie von Heldentaten erinnert werden soll und als Opfer, das sowjetische Bürgerinnen und Bürger zu weiteren solchen Taten im Verlauf des Krieges inspiriert hat. Dies erklärt die harsche Reaktion auf eine Umfrage des Fernsehkanals Dozhd' (TV Rain) im Jahr 2014, in der die Frage gestellt wurde, ob die damalige sowjetische Führung Leningrad hätte aufgeben sollen, um Hunderttausende Leben zu retten. Von allen Seiten hagelte es Kritik, auch und insbesondere aus der Politik. Als jemand twitterte: »Ich weiß gar nicht, wie ich diese Leute nennen soll [die die Umfrage gestartet haben]«, antwortete der damalige Kulturminister Medinskij: »Das sind keine Leute.« Die Duma-Abgeordnete Irina Jarowaja, die 2016 für ein Gesetzespaket zu Terrorismus und Extremismus mitverantwortlich war, nannte die Umfrage »arglistig, falsch und zynisch« und meinte, solche Umfragen verletzen »die heilige Erinnerung an den Krieg«. Schließlich sagte sie, in Anspielung auf das von ihr unterstützte Gesetz: »Solche Taten sollten als Verbrechen verstanden werden, die den Nazismus rehabilitieren.«⁹⁰ Selbst wenn auch außerhalb der politischen Sphäre viele Leute sich von der Frage des Fernsehsenders angegriffen fühlten, haben 54 Prozent der Personen, die auf die Frage re-

agieren konnten, sie positiv beantwortet: Ja, die sowjetische Führung hätte Leningrad aufgeben sollen.⁹¹

Die Frage war lediglich drei Stunden lang im Internet, danach sahen sich die Dozhd'-Redakteure veranlasst, sie wegen der heftigen Kritik zurückzunehmen und sich zu entschuldigen. Anschließend haben alle Fraktionen der Duma die Umfrage verurteilt, unter anderem weil sie die Erinnerung an die Veteranen des GVK beleidigt habe.⁹² Putins Pressesprecher Dmitri Peskow erklärte: »[D]er Kanal hat alle Grenzen des Annehmbaren überschritten. [...] Sobald wir beginnen, auch nur die kleinste Toleranz gegenüber solchen Umfragen zu zeigen, wird bei uns eine Erosion der Nation beginnen, eine Erosion unseres Gedächtnisses, des genetischen Gedächtnisses unseres Volkes.«⁹³ Auch finanzielle Hebel wurden genutzt, um Dozhd' Schwierigkeiten zu bereiten. Kurz nach dem Skandal über die Umfrage haben alle größeren Satellitenfernsehfirmer auf Druck staatlicher Stellen hin den Kanal aus ihrem Sortiment genommen.⁹⁴ Offensichtlich war ein Verhalten, das Schlüsselemente des GVK, die damalige Entscheidung sowie den Sinn der als heldenhaft wahrgenommenen Taten in Frage stellt, für die politische Führung des Landes inakzeptabel und musste gestoppt werden.

Zwischenfazit

Der Sieg im »Großen Vaterländischen Krieg« ist augenscheinlich essentiell für den heutigen geschichtspolitischen Kanon in Russland. Er wird von den herrschenden politischen Kreisen zum wichtigsten

88 Gorinov et al., *Istorija Rossii* [Geschichte Russlands], Teil 2 [wie Fn. 39], S. 21.

89 Sagladin/Petrov, *Istorija Rossii* [Geschichte Russlands] [wie Fn. 40], S. 213; Ismosik/Rudnik, *Istorija Rossii, 11 klass* [Geschichte Russlands, 11. Klasse] [wie Fn. 40], S. 203–205.

90 Aleksandr Baklanov, »Dožd' raskritikowali za predloženie sdat' Leningrad fašistam« [Der TV-Sender »Dozhd'« wurde wegen des Vorschlags kritisiert, Leningrad den Faschisten zu überlassen], *Snob.ru*, 27.1.2014, <<https://snob.ru/selected/entry/70993>> (Zugriff am 25.10.2020).

91 Michail Sokolow, »Blokada ot ›Doždya« [Blockade gegen »Dozhd'«], *Radio Svoboda*, 27.1.2014, <<https://www.svoboda.org/a/25243821.html>> (Zugriff am 25.10.2020).

92 »V Gosdume osudili opros telekanala ›Dožd'‹ o blokade Leningrada« [In der Staatsduma wurde die Umfrage des TV-Senders »Dozhd'« über die Blockade von Leningrad verurteilt], *RIA Novosti*, 27.1.2014, <<https://ria.ru/20140127/991519776.html>> (Zugriff am 25.10.2020).

93 »Prokuratura načala proverku ›Doždya‹ posle oprosa o blokade Leningrada« [Die Staatsanwaltschaft begann eine Überprüfung des TV-Senders »Dozhd'« nach der Umfrage über die Blockade von Leningrad], *RIA Novosti*, 30.1.2014, <<https://ria.ru/20140130/992152684.html>> (Zugriff am 25.10.2020).

94 »Telekanal ›Dožd'‹: blokada massowoj informacii« [TV-Sender »Dozhd'«: Blockade der Massenmedien], *RBC.ru*, 4.2.2014, <<https://www.rbc.ru/society/04/02/2014/570416f89a794761c0ce6571>> (Zugriff am 25.10.2020).

identitätsstiftenden Ereignis hochstilisiert und dient als Quelle nationalen Stolzes, die nicht hinterfragt werden darf. So werden nicht nur das russische Volk, sondern auch seine Herrscher mit einer Tradition des Sieges assoziiert. Hinzu kommt, dass die militärische Macht als das Hauptsymbol für die Stärke des Landes einerseits durch den Sieg selbst illustriert wird, andererseits durch Anlass und Form der Feierlichkeiten. Zudem wird Russland eindeutig als die »gute Macht« inszeniert, die erfolgreich gegen die »böse Macht« in Gestalt des nationalsozialistischen Deutschlands gekämpft hat.

Dadurch ergeben sich aus Sicht der herrschenden politischen Elite in Russland Parallelen zur Situation in der Ukraine seit 2014, abzulesen im offiziellen russischen Diskurs, in dem Teile der ukrainischen Führung in den letzten Jahren häufig als »faschistisch« beschrieben wurden. Die heutigen russischen Handlungen bezüglich der Ukraine werden also auf eine Art und Weise dargestellt, die mal explizit, mal implizit auf die Situation im GVK Bezug nimmt. Schließlich ist der Sieg im GVK ein Ereignis, um das sich die überwiegende Mehrheit der russischen Bevölkerung konsolidieren kann. In dieser Hinsicht spielt er eine zentrale Rolle für die Führung, bietet er doch die Möglichkeit, eine Einigkeit zwischen Staat und Gesellschaft herzustellen, die dem herrschenden Regime eine zusätzliche Legitimitätsquelle verschafft.

Trotz allem bleiben Ambivalenzen, zum Beispiel was die Deutung der Rolle Stalins in der sowjetischen Geschichte anbetrifft. Jedoch geht die Tendenz eindeutig dahin, die Verantwortung Stalins für Terror und Massenmord herunterzuspielen und zu relativieren im Vergleich zu seinen Beiträgen zum Sieg im Jahr 1945 sowie zu Aufbau und Modernisierung des Landes.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Die Geschichte wird in Russland für eine Reihe innen- und außenpolitischer Zwecke eingesetzt. Zu beobachten ist ein Trend zur intensiven Bezugnahme auf historische Sachverhalte sowie zu einem streng vorgegebenen Umgang mit bestimmten Themen, während bei anderen eine gewisse Ambivalenz auf offizieller Ebene bleibt. Grundsätzlich ist Geschichte für die russische Führung ein wichtiges Element, das der Stärkung von Diskursen über Patriotismus, Sicherheit, interne Konsolidierung und externe Einmischung dient.

Die vorliegende Analyse hat nicht nur den offiziellen russischen Umgang mit negativ wie positiv konnotierten Ereignissen der russischen und sowjetischen Geschichte untersucht, sondern auch die Behandlung dieser Geschichte in ihrer Gesamtheit. Dabei sticht im russischen Diskurs eine starke Betonung der Kontinuität der Geschichte hervor. Damit wird eine Reihe von Merkmalen Russlands ins Zentrum der Aufmerksamkeit gestellt, die mit Botschaften an die russische Bevölkerung ebenso wie an ausländische Akteure verknüpft sind. Vor allem wird der Status Russlands als Großmacht unterstrichen und somit seine Fähigkeit, im internationalen Geschehen eine entscheidende Rolle zu spielen, sowie die Verbindung dieses Status mit territorialer Größe und militärischer Macht. Den russischen Bürgerinnen und Bürgern wird signalisiert, dass sie stolz auf Russland sein sollten, aber auch, dass sie außenpolitische Größe von ihrer Führung erwarten können und sie dabei unterstützen sollten.

Dem ausländischen Publikum wird kommuniziert, es stehe Russland zu, als Großmacht zu agieren und als solche behandelt zu werden. Dieser Diskurs wird zunehmend mit einem historischen Determinismus verknüpft, der insinuiert, Russland könne keine andere außenpolitische Identität übernehmen und sei für die bislang ausgeübte Rolle prädestiniert. Dies suggeriert, dass eine Abkehr von Russlands außenpolitischem Aktivismus und von seinen Handlungen im postsowjetischen Raum nicht zu erwarten ist, insbesondere nicht unter dem jetzigen Regime.

Die Betonung der Kontinuität der Geschichte vermittelt des Weiteren Botschaften über die Legitimität der herrschenden Elite. Durch die Errichtung von Denkmälern und die Gestaltung von und Berichterstattung über Ausstellungen wird vor allem Wladimir Putin in eine Reihe mächtiger Herrscher eingeordnet. Damit wird ihm eine Legitimität verliehen, die über seine Rolle als gewählter Präsident hinausgeht und ihn bereits jetzt als historische Figur präsentiert. Diese Behandlung als quasihistorische Persönlichkeit erschwert eine Auseinandersetzung mit etwaigen Fehlern bzw. negativen Aspekten von Putin und seinem Regime. Es geht also nicht nur um eine Identifikation der Bevölkerung mit der Idee Russlands als Großmacht, sondern auch konkret um das heutige Regime mit Putin an der Spitze.

In diesem Diskurs über Kontinuität sind Unterbrechungen des geschichtlichen Flusses negativ konnotiert. Dies wird besonders deutlich am Beispiel der Revolutionen von 1917 und dem sich anschließenden Bürgerkrieg. Auch hiermit sind Botschaften nach innen wie nach außen verbunden. Den russischen Bürgerinnen und Bürgern wird vermittelt, solche Phasen seien gefährlich für das Land und sollten vermieden werden. Damit einher geht die Botschaft, dass man von Protest absehen sollte bzw. dass Repression als Antwort darauf legitim sei, weil es zu den Aufgaben der Führung gehöre, das Land vor Unruhestiftern zu schützen. Untermauert wird diese Botschaft durch die Einschätzung, das Chaos revolutionärer Zeiten werde durch ausländische Kräfte zumindest verschärft, wenn nicht gänzlich verursacht. Mit dieser Aussage wird der Gesellschaft implizit eine eigene Handlungsfähigkeit abgesprochen.

Zwischen den Revolutionen von 1917 und den sogenannten farbigen Revolutionen der letzten Jahrzehnte stellt die russische Führung eine klare Verbindung her. Auch die »farbigen Revolutionen« sieht sie als gefährlich für die Entwicklung im jeweiligen Land an und als vom westlichen Ausland provoziert

bzw. wesentlich mitgetragen. Dabei geht sie vor allem auf das Phänomen des Majdans in der Ukraine und die anschließende Entwicklung ein. Die Auseinandersetzung mit Brüchen in der eigenen Geschichte ist gekoppelt an eine antiwestliche Rhetorik sowie an die Warnung an westliche Länder, Versuche einer Einmischung in Russland zu unterlassen. Hierzu passen die Anschuldigungen der russischen Führung im August 2019, dass unter anderem die US-amerikanische Botschaft und das von der Bundesrepublik finanzierte Medium *Deutsche Welle* die Proteste im Vorfeld der Kommunal- und Regionalwahlen angefeuert und unterstützt hätten.⁹⁵ Auch einzelne Oppositionelle, wie jüngst Aleksej Nawalnyj, werden beschuldigt, mit US-amerikanischen Geheimdiensten zusammenzuarbeiten bzw. von diesen gesteuert zu werden.⁹⁶

Die Wahl von »Versöhnung« als Schlüsselbegriff der russischen Führung für die Auseinandersetzung mit den Revolutionen von 1917 und dem Bürgerkrieg hat weniger mit einer Versöhnung auf der gesellschaftlichen Ebene zu tun als mit dem Versuch, die Gesellschaft um den Staat herum zu konsolidieren. Der Dialog über die Ereignisse von damals wird als Möglichkeit aufgefasst, zu einer einheitlichen Meinung zu kommen, nicht als Instrument, um Meinungspluralismus zu fördern und zu schätzen. Genuin gesellschaftliche Initiativen werden nicht begrüßt und es wird versucht, sie durch staatlich gesteuerte zu ersetzen, zum Teil mit Hilfe der Russischen Orthodoxen Kirche. Dies betrifft nicht nur die Beschäftigung mit Brüchen, sondern alle Aspekte des historischen Diskurses.

Die Entwicklung des Umgangs mit dem Großen Vaterländischen Krieg demonstriert das Bedürfnis des heutigen Regimes, die Behandlung historischer Inhalte zu kontrollieren und für seine Zwecke zu gebrauchen. Nicht nur reiht sich der Sieg über das nationalsozialistische Deutschland 1945 ein in eine lange Reihe ruhmreicher Siege in der russischen bzw. sowjetischen Geschichte – er ist *der Sieg* schlechthin.

⁹⁵ »Moscow to File Protests to US, Germany over Interference in Russia's Politics – Diplomat«, *TASS*, 4.8.2019, <<https://tass.com/politics/1071846>>; »Russland wirft der Deutschen Welle Einmischung vor«, *Deutsche Welle*, 5.8.2019, <<https://www.dw.com/de/russland-wirft-der-deutschen-welle-einmischung-vor/a-49898694>> (Zugriff jeweils am 25.10.2020).

⁹⁶ Artem Filipenok, »Peskov zajavil o rabote TsRU s Naval'nyj« [Peskov verlautbarte, dass die CIA mit Navalnyj arbeite], *RosBusinessConsulting (RBC)*, 1.10.2020, <<https://www.rbc.ru/politics/01/10/2020/5f75b0989a79477729852b93>> (Zugriff am 25.10.2020).

Damit wird er zum Fundament der heutigen russischen nationalen Identität stilisiert, die eng mit Legenden von Heldentum und mit militärischer Macht verbunden ist. Um solche Siege zu erreichen, ist eine Einheit des Staates und des Volkes notwendig, was in der Praxis eine Unterordnung des Volkes unter den Staat bedeutet. Wird die offizielle Version der Ereignisse hinterfragt, bedroht dies die nötige Einheit und kommt einem Verrat nahe bzw. gleich. Es bleibt abzuwarten, ob dieser extreme Umgang mit historischen Sachverhalten sich auf andere Epochen oder Ereignisse ausdehnt oder auf den Fall des Großen Vaterländischen Krieges beschränkt bleibt. Der Raum für Diskussion sowohl innerhalb des Landes als auch mit ausländischen Akteuren engt sich in puncto Zweiter Weltkrieg bislang immer weiter ein, weil seine Inhalte einen mythischen, fast heiligen Charakter annehmen.

In Russland wird eine Auseinandersetzung mit der Geschichte schwieriger, da sie von offiziellen Kreisen zunehmend als Instrument in Diskursen über Patriotismus, nationale Sicherheit und nationale Identität genutzt wird. Die russische und sowjetische Geschichte wird als Quelle nationalen Stolzes angesehen, die nicht hinterfragt werden darf. Selbst wenn es weiterhin Inseln der Ambivalenz gibt und manche Ereignisse (insbesondere der GVK) eine wesentlich wichtigere Rolle für das Regime spielen als andere, ist der Trend zu einem weniger flexiblen Umgang mit historischen Sachverhalten klar erkennbar. Hier wie bei anderen Themen werden gesellschaftliche Initiativen lediglich als Unterstützung der staatlichen Linie toleriert. Oppositionelle Meinungen werden bekämpft, diskreditiert, kooptiert oder ignoriert, je nachdem, wie groß die Bedeutung des opponierenden Akteurs eingeschätzt wird.

Das Setzen auf die Geschichte als Instrument kostet wenig im Vergleich zu außenpolitischen Abenteuern und kann fast beliebig manipuliert werden, indem man bestimmte Schwerpunkte festlegt und die Auseinandersetzung mit der Materie selektiv betreibt. Eine angesehene russische Tageszeitung stellt diesbezüglich fest: »[J]etzt ist der Patriotismus fast die einzige Alternative zu realen Erfolgen geworden. Deswegen wird jeglicher Versuch, Mythen zu widerlegen und Pathos zu reduzieren, strafbar, unabhängig von der Wahrheit oder der Fehlerhaftigkeit der geäußerten Behauptungen.«⁹⁷ Dies weist auf den Un-

⁹⁷ Anastasia Kornja, »Nekanoničeskoe tolkovanije istorii stanovitsja riskovannym delom« [Eine nichtkanonische

willen bzw. die Unfähigkeit der russischen Führung hin, die Faktenlage zu akzeptieren sowie Kritik aufzunehmen oder gar Selbstkritik zu üben. Diese Eigenschaften haben Folgen weit über das Thema (Umgang mit) Geschichte hinaus und erschweren den Dialog zwischen deutschen und russischen Akteuren. Eine Diskussion über Geschichtsdeutung auf der offiziellen Ebene erscheint kaum möglich, eher ein Dialog zwischen den Fachgemeinschaften in Deutschland und Russland. Denn die Mehrheit der professionellen Historiker und Historikerinnen in Russland ist sich einig, dass die ständige Neudeutung geschichtlicher Ereignisse im Lichte aktueller politischer Ziele eine Gefahr darstellt für sie selbst und für die Geschichtswissenschaft.⁹⁸

Es steht zu erwarten, dass die von der russischen Führung hergestellte Verbindung zwischen Geschichte und Patriotismus ein zentrales Moment bleiben wird. Nicht nur geht der Versuch, die Unterstützung der Bevölkerung durch vermeintliche außenpolitische Erfolge zu sichern, weniger auf als vor einigen Jahren; desgleichen stößt die Stilisierung Russlands zum Verteidiger sogenannter traditioneller Werte an ihre Grenzen. Der russische Historiker Il'ja Kalinin formuliert es so:

»Die Freuden des Konsums, Konkurrenz um Wohlstandsgüter und der Individualismus stehen viel höher im Kurs als orthodoxer Glaube, aufopfernde Liebe zum Vaterland oder die Unterordnung unter kollektive Imperative zum Zwecke der nationalen Einheit. Daher sind die mythische Verklärung der Vergangenheit und die Schaffung einer heroischen Tradition zum einzigen Mittel geworden, mit dem die innere Leere der patriotischen Idee gefüllt werden kann.«⁹⁹

Diese Überlegungen, in Kombination mit der herausragenden Stellung des Großen Vaterländischen Krieges im heutigen russischen Geschichtskanon, sind beunruhigend, insbesondere wenn man sie gemein-

sam betrachtet mit den Worten Wladimir Putins 2014 bei seinem jährlichen Frage-und-Antwort-Marathon mit russischen Bürgerinnen und Bürgern. Damals sagte er: »Es scheint mir, dass nur in unserem Volk der bekannte Spruch entstehen konnte: ›In der Welt ist selbst der Tod schön.‹ Wie kann das sein? Der Tod – was ist das? Er ist furchtbar! Nein, es stellt sich heraus, dass in der Welt selbst der Tod schön ist. Was heißt ›in der Welt?‹ Das heißt, für seine Freunde, sein Volk, modern ausgedrückt, für sein Vaterland zu sterben. Darin liegen die tiefen Wurzeln unseres Patriotismus.«¹⁰⁰

Vor diesem Hintergrund zeichnen sich zweierlei Gefahren ab: Erstens könnte Russland künftig noch stärker in die Vergangenheit schauen, statt Vorkehrungen für die Zukunft zu treffen. Die zweite, größere, besteht darin, dass die russische Führung, ausgehend von den militärischen Erfolgen vergangener Jahrhunderte, auf eine Zukunft setzen wird, in der diese Erfolge wiederholt werden. Die klare Zurschaustellung militärischer Entwicklung und die Vernachlässigung anderer Aspekte in der heutigen russischen Politik lassen befürchten, dass die letztgenannte Gefahr Wirklichkeit werden könnte.

Interpretation der Geschichte wird riskant], in: *Vedomosti*, 10.5.2018, <<https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2018/05/10/769015-nekanonicheskoe-tolkovanie-istorii>> (Zugriff am 25.10.2020).

98 Kurilla, *Rethinking the Revolutionary Past* [wie Fn. 21].

99 Il'ja Kalinin, »Antirevolutionäre Revolutionserinnerungspolitik. Russlands Regime und der Geist der Revolution«, in: *Osteuropa*, 67 (2017) 6–8, S. 7–17, <<https://www.zeitschrift-osteuropa.de/site/assets/files/14025/oe170601.pdf>> (Zugriff am 25.10.2020).

100 »Prjamaja linija s Wladimirom Putinyom« [Direkter Draht zu Wladimir Putin], *Kremlin.ru*, 17.4.2014, <<http://kremlin.ru/events/president/news/20796>> (Zugriff am 25.10.2020). Es handelt sich um ein jährliches Ereignis, bei dem Putin mehrere Stunden lang die Fragen russischer Bürgerinnen und Bürger während einer Fernsehsendung beantwortet.

Anhang

Relevante Akteure im Bereich der Geschichtspolitik

Akteure der Exekutive

Befasst man sich mit Geschichtspolitik in den Bereichen Bildungs-, Kultur- und Außenpolitik, sind die entsprechenden Ministerien von einschlägiger Bedeutung. Darüber hinaus sind Aussagen und Handlungen *des russischen Präsidenten* sowie von *Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seiner Administration* zu berücksichtigen. Dies erscheint notwendig im Hinblick auf die herausragende Stellung Wladimir Putins in der politischen Hierarchie des Landes und wegen seiner zahlreichen Hinweise auf historische Ereignisse und deren Einordnung in den aktuellen politischen Diskurs.

In den oben erwähnten Ministerien gibt es im hier betrachteten Zeitraum (2014 bis heute) unterschiedliche Entwicklungen. Das *Außenministerium* wurde durchgängig bzw. wird von Sergej Lawrow geleitet, dort herrscht weitgehend Kontinuität.

An der Spitze des *Kulturministeriums* stand zwischen Mai 2012 (dem Beginn der dritten Amtszeit Putins) und Januar 2020 der Historiker Wladimir Medinskij. Dies wirkt überraschend aufgrund des polarisierenden Charakters seiner Führung, weist aber auf seine wichtige Funktion für Putin in den ihm unterstellten Bereichen hin. Medinskij wird in großen Teilen der Fachcommunity verpönt und vertritt oft Positionen, die logisch wenig nachvollziehbar sind. Im Januar 2020 hat Olga Ljubimowa das Ministerium übernommen, die davor die Filmabteilung dort geleitet hatte. Bei ihr fällt vor allem eine gewisse Nähe zur Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) auf. Sie hat drei Jahre eine orthodoxe Schule besucht und mehrere Jahre bei der Informationsagentur der ROK gearbeitet.

Was das *Bildungsministerium* angeht, sind im Untersuchungszeitraum bedeutende Änderungen zu verzeichnen. Die ministerielle Ebene ist eine rein ausführende, deswegen darf selbst der Minister bzw. die Ministerin keine entscheidenden policyrelevanten Schritte einleiten, zumindest nicht gegen den Willen

des Präsidenten und seiner Administration. Trotzdem sind diese Änderungen für den Ton des Diskurses und für die darin gesetzten Schwerpunkte von Belang, da Letztere wiederum Auswirkungen auf die Handlungsebene haben, zum Beispiel darauf, welche konkreten Projekte verwirklicht werden.

Von Mai 2012 bis August 2016 war Dmitrij Liwanow amtierender Bildungsminister, wurde dann aber durch Olga Wasiljewa ersetzt, die ihrerseits das Amt bis Januar 2020 innehatte. Im Mai 2018 wurde das Ministerium in zwei geteilt. Wasiljewa blieb Leiterin des neuen Ministeriums für Aufklärung (prosewetschenie), das für die Schulbildung zuständig ist, während Michail Kotjukow das neue Ministerium für Wissenschaft und Hochschulbildung übernommen hat. Der ehemalige Bildungsminister Liwanow war sehr unpopulär, unter anderem weil unter seiner Leitung die Zahl staatlich finanzierter Studienplätze an öffentlichen Hochschulen stark zurückgegangen ist. Diese Entwicklung ist allerdings eher darauf zurückzuführen, dass im Staatshaushalt Gelder für soziale Bereiche wie Bildung und Gesundheit reduziert wurden, als dass Liwanow entsprechende Prioritäten gesetzt hätte.¹⁰¹

Die Ernennung Wasiljewas ist von besonderem Interesse im Hinblick auf die Geschichtspolitik. Als promovierte Historikerin hat sie einen Großteil ihrer Karriere dem Verhältnis zwischen Kirche und Staat gewidmet. Ihre Doktorarbeit trägt den Titel »Der Sowjetische Staat und die patriotische Tätigkeit der Russischen Orthodoxen Kirche während des Großen Vaterländischen Krieges«. Beobachter und Beobachterinnen wiesen im Zusammenhang mit ihrer Ernennung auf ihren Konservatismus und ihre

¹⁰¹ Zu den Hintergründen dieser Debatte siehe zum Beispiel Viktor Katona, »What Is Lacking in Russia's Strategy to Reform Its Higher Education?«, *Russia Direct*, 19.8.2016, <<https://russia-direct.org/opinion/what-lacking-russias-state-strategy-reform-its-higher-education>> sowie Ksenia Smertina, »What to Expect from Russia's New Education Minister«, *Russia Direct*, 23.8.2016, <<https://russia-direct.org/opinion/what-expect-russias-new-education-minister-0>> (Zugriff jeweils am 25.10.2020).

Unterstützung für »traditionelle Werte« hin. Manche erwähnten ihr positives Verhältnis zum Führungsstil Josef Stalins. Außerdem wurde angemerkt, dass sie mit Bischof Tichon (siehe S. 11 und 19) befreundet sei, Putins Beichtvater.

Auch Wasiljewa fiel der Regierungsumbildung im Januar 2020 zum Opfer. Neuer Minister für Aufklärung ist seitdem Sergej Krawzow, der bereits seit 2011 auf unterschiedlichen Posten im Bildungsministerium gearbeitet hat.

Selbst wenn einige Ministerinnen und Minister im Januar 2020 ausgetauscht wurden, zeichnet sich in der Geschichtspolitik keine Abweichung von der Linie der letzten Jahre ab. Vielmehr deuten die häufigen und aggressiven Aussagen des russischen Präsidenten in diesem Bereich eher auf eine Verhärtung der bestehenden Tendenzen hin.¹⁰²

Regimenahe Organisationen

Bezieht man weitere Akteure mit ein, ist es wichtig, diese als unabhängig bzw. dem Regime nahestehend einstufen zu können. Im russischen Kontext besitzen vermeintliche Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zuweilen einen eher staatlichen Charakter. Manche werden von staatlichen Akteuren ins Leben gerufen, anderen stehen sogar offizielle Amtsträgerinnen und Amtsträger vor. Dieses Phänomen ist ein Indiz für die Ambivalenz des Begriffs »Zivilgesellschaft« im russischen Kontext. Die Unterscheidung zwischen Organisationen, die aus der Gesellschaft heraus entstehen, und solchen, die vom Staat geschaffen bzw. hauptsächlich von ihm unterstützt werden, ist für die Beurteilung geschichtspolitischer Debatten in Russland von erheblicher Relevanz.

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass Putin danach strebt, die größtmögliche Kontrolle über die Darstellung der Geschichte im öffentlichen Raum zu erlangen bzw. zu behalten. Im April 2016 hat er per Dekret die Stiftung »Die Geschichte des Vaterlandes« gegründet. Sie stellt sich auf ihrer Webseite als »nekommerčeskaja organizacija« (gemeinnütziger Verein) dar. Ihr Vorstandsvorsitzender ist Sergej Naryschkin, der Leiter des russischen Auslandsgeheimdienstes und ehemaliger Vorsitzender der Staatsduma, ihren Beirat leitet die ehemalige Ministerin für Aufklärung, Olga Wasiljewa. Die Stiftung soll sich

mit der Popularisierung der russischen Geschichte in und außerhalb der Russischen Föderation befassen.

Naryschkin ist gleichzeitig Vorsitzender der *Russischen Historischen Gesellschaft*. Diese Organisation, im Juni 2012 wieder gegründet, existierte bereits zwischen 1866 und 1920 als »Imperiale [Imperatorskoe] Russische Historische Gesellschaft«. In seiner Rede bei der Neugründung betonte Naryschkin die einigende Wirkung der Vorgängerorganisation und plädierte dafür, mit dem Staat sowie mit Berufsverbänden und gesellschaftlichen Gruppen zusammenzuarbeiten, um eine gemeinsame russische historische Kultur zu schaffen. Dies soll auf der Grundlage eines objektiven und vorurteilsfreien Umgangs mit der Geschichte geschehen.¹⁰³

Die Webseiten der Stiftung »Die Geschichte des Vaterlandes« und der Russischen Historischen Gesellschaft weisen große Ähnlichkeiten auf; vom Design her sind sie fast gleich. Beide Organisationen geben gemeinsam eine Zeitschrift heraus, die auf ihren Webseiten prominent angezeigt wird. Schließlich findet Naryschkin einen bedeutenden Platz auf der einen wie der anderen Seite. Wie das Beispiel Naryschkin zeigt, gibt es eine kleine Gruppe von Personen, die in mehreren Organisationen aktiv ist, um die gleichen Botschaften über mehrere Wege zu transportieren und die staatliche Kontrolle über diese Botschaften zu erleichtern.

Hinzu kommt die *Russische Militärgeschichtliche Gesellschaft*, auch sie eine Wiedergründung (Dezember 2012) durch ein präsidentielles Dekret. Ihre Vorgängerin, die »Imperiale Russische Militärgeschichtliche Gesellschaft«, hatte Zar Nikolaus II. im Jahr 1907 ins Leben gerufen, 1917 hatte sie aufgehört zu existieren. Genau wie die Wiederbelebung der Russischen Historischen Gesellschaft offenbart auch diese Neugründung den Willen des heutigen Regimes, an die zaristische Epoche anzuknüpfen. Das Kultur- und das Verteidigungsministerium sind die Gründer der Gesellschaft, der ehemalige Kulturminister Wladimir Medinskij ist ihr Vorsitzender. Dennoch hat sie nicht den Status einer staatlichen Institution, sondern fungiert als »gesellschaftlich-staatliche Organisation« mit folgenden Zielen: 1) Konsolidierung der Gesellschaft und des Staates beim Studium der militärgeschichtlichen Vergangenheit Russlands; 2) Unterstützung des Studiums der Militärgeschichte sowie Vor-

¹⁰² Siehe zum Beispiel Vladimir Putin, »The Real Lessons« [wie Fn. 43].

¹⁰³ Webseite der Russischen Historischen Gesellschaft, <<https://historyrussia.org/ob-obshchestve/o-nas.html>> (Zugriff am 25.10.2020).

beugung von Versuchen, sie zu verzerren; 3) Popularisierung der Errungenschaften im militärhistorischen Bereich; 4) patriotische Erziehung; 5) Erhöhung des Prestiges des Wehrdienstes; 6) Präservierung von Objekten des militärhistorischen und kulturellen Erbes.¹⁰⁴ Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats (naučnyj sovjety) der Gesellschaft ist Wladimir Tschurrow, bis 2016 Leiter der Zentralen Wahlkommission. Ihm wird Regimetreue nachgesagt, was die Wahlergebnisse und den Wahlprozess anbelangt. Da er lediglich ein Diplom in Physik, nicht aber in Geschichte besitzt, erscheint Tschurows Wahl für diese Position merkwürdig. Sie legt die Vermutung nahe, dass es dem Regime darum geht, über einen treuen Handlanger die Tätigkeit der Gesellschaft leichter kontrollieren zu können.

Unter den eher regimetreuen Akteuren ist schließlich die *Russische Orthodoxe Kirche* (ROK) zu nennen, die unter anderem im Bereich der Geschichtsdeutung aktiv ist, wie aus den geschilderten Netzwerken geschlossen werden kann (siehe S. 11f). Sie beteiligt sich zusammen mit offiziellen Akteuren des Regimes an der Bildungs- und Kulturpolitik und beeinflusst die öffentliche Meinung zu historischen Themen durch ihre Unterstützung für bzw. Opposition gegen bestimmte Maßnahmen.

Unabhängige bzw. oppositionelle Organisationen

Auf der anderen Seite gibt es eher unabhängige Organisationen, die versuchen, sich in die Debatte um die Geschichtspolitik einzubringen, oft mit Positionen, die diejenigen der russischen Führung konterkarieren. Diese Positionen werden in der vorliegenden Studie begrenzt aufgegriffen, um die Präsenz oppositioneller Stimmen aufzuzeigen. Der Umgang des Staates mit oppositionellen Organisationen kann zudem auf neuralgische Punkte hinweisen, bei denen staatliche Akteure nicht bereit sind, Dissens zu tolerieren.

In diesem Zusammenhang muss die *Freie Historische Gesellschaft* (FHG) (Vol'noe istoričeskoe obščestvo) erwähnt werden, die aus Historikerinnen und Historikern besteht, die den wissenschaftlichen Austausch suchen und sich für die Verbreitung wissenschaftlich fundierter Kenntnisse zu historischen Themen einsetzen.

¹⁰⁴ Satzung der Russischen Militärhistorischen Gesellschaft, <<https://rvio.histrf.ru/officially/ustav-rvio>> (Zugriff am 25.10.2020).

Dass sie großen Wert auf Unabhängigkeit legen, wird klar durch ihre Satzung, die die englische Übersetzung des Namens der Gesellschaft wie folgt fest schreibt: »The Independent Historical Association«.¹⁰⁵

Von deutlich größerer Wirkung und wesentlich besser bekannt als die FHG ist die *Organisation »Memorial«*, die sich vor allem mit politischen Repressionen im totalitären System der UdSSR beschäftigt. Die Organisation betreibt Recherchen, leistet Aufklärungsarbeit und unterstützt die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft durch eine Auseinandersetzung mit der Geschichte. Sie hat darüber hinaus eine starke Menschenrechtskomponente, die aus dieser Auseinandersetzung entsteht und die Rechte der Opfer politischer Repressionen verteidigt. »Memorial« wurde 1989 gegründet und hat zurzeit außer dem Hauptsitz in Russland Filialen in einigen europäischen Ländern (auch Deutschland). Als Leuchtturm-Projekt der Organisation gilt eine Datenbank, die Opfer politischen Terrors in der Sowjetunion verzeichnet. »Memorial« spielt eine wichtige Rolle in historischen Debatten in Russland, weil sie auf problematische Aspekte der offiziellen Geschichtspolitik aufmerksam macht, vernachlässigte Themen aufgreift und in die Öffentlichkeit trägt. Dadurch kommt die Organisation der russischen Führung öfter in die Quere und hat deswegen eine Reihe von Schikanen und Einschüchterungsversuchen erfahren.¹⁰⁶

¹⁰⁵ Satzung der Freien Historischen Gesellschaft, <<https://volistob.ru/sites/default/files/images/u2.jpg>> (Zugriff am 25.10.2020).

¹⁰⁶ Siehe zum Beispiel Amnesty International, »Russia: Attacks on Human Rights Group Memorial Must Be Investigated and Stopped«, 17.1.2018, <<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2018/01/russia-attacks-on-human-rights-group-memorial-must-be-investigated-and-stopped/>> (Zugriff am 25.10.2020).

Abkürzungen

CIA	Central Intelligence Agency
EU	Europäische Union
FHG	Freie Historische Gesellschaft
GONGO	Government-organized non-governmental organization
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GVK	Großer Vaterländischer Krieg
IERES	Institute for European, Russian and Eurasian Studies
KHPG	Kharkiv Human Rights Protection Group
Nato	North Atlantic Treaty Organization
NGO	Non-governmental organization
ONF	Obschtscherossijskij narodnyj front (Allrussische Volksfront)
PM	Prime Minister
PONARS Eurasia	Program on New Approaches to Research and Security in Eurasia
RBC	RosBusinessConsulting
RF	Russische Föderation
RFE	Radio Free Europe
RL	Radio Liberty
ROK	Russische Orthodoxe Kirche
SR	Sozialrevolutionäre
TASS	State information agency of the Russian Federation
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VAK	Vysšaja attestacionnaja komissija (Oberste Attestationskommission des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft der Russischen Föderation)
WDNKh	Velikie dostiženija narodnogo khozjajstva (Große Errungenschaften der Nationalen Wirtschaft)
WWII	World War II (Second World War)

Literaturhinweise

Uwe Halbach

Kirche und Staat in Russland. Nationale und außenpolitische Akzente von Orthodoxie

Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2019 (SWP-Studie 8/2019)

Andrej Kolesnikov

»Erinnerung als Waffe. Die Geschichtspolitik des Putin-Regimes«

in: *Osteuropa*, 70 (2020) 6, S. 3–28

Ivan Kurilla

History and Memory in Russia during the 100-Year Anniversary of the Great Revolution

Washington, D. C.: Institute for European, Russian and Eurasian Studies, Januar 2018 (PONARS Eurasia Policy Memo Nr. 503)

Sergej Radchenko

»Vladimir Putin Wants to Rewrite the History of World War II«

in: *Foreign Policy*, 21.1.2020

Susan Stewart

Grundeinstellungen der russischen politischen Elite. Recht, Wahrheit, Gemeinwohl und Gewalt

Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2017 (SWP-Studie 5/2017)

